

03.07



DEUTSCHLAND-RUNDBRIEF

herausgegeben vom Deutschen Naturschutzring (DNR) e.V.

**Gentechnik-Kritiker üben Koalitionsdisziplin
Tourismus als Schlüssel zum Naturschutz
Gewerkschafter streiten für Braunkohle
Frauen machen Umweltschutz anders**

und weitere Beiträge zu Naturschutz- und Umweltpolitik auf Bundesebene

DEUTSCHLAND-RUNDBRIEF

herausgegeben vom Deutschen Naturschutzring (DNR) e.V.

Deutschland-Rundbrief

Naturschutz- und Umweltpolitik
auf Bundesebene
Jahrgang 13 (2007), Heft 03
ISSN 1861-0048

Herausgeber

Deutscher Naturschutzring,
Dachverband der deutschen Natur- und
Umweltschutzverbände (DNR) e.V.

Geschäftsstelle Bonn

DNR, Am Michaelshof 8-10, 53177 Bonn
Tel. 0228 / 3590-05, Fax -96
eMail: info@dnr.de, Internet: www.dnr.de

Redaktion, Geschäftsstelle Berlin

Matthias Bauer (mb), Marion Busch (mbu),
Franziska Heinrich (fh), Manja Treue (mt)
DNR, Prenzlauer Allee 230, 10405 Berlin
Tel. 030 / 443391-82
eMail: matthias.bauer@dnr.de
Internet: www.dnr.de/publikationen

Abonnement

Abo-Verwaltung: Thomas Kreuzberg,
Geschäftsstelle Bonn (s. o.)
eMail: thomas.kreuzberg@dnr.de
Preise/Bestellen: siehe 3. Umschlagseite

Technik

Satz: DNR Redaktionsbüro, Berlin
Druck: Druckerei Eberwein, Bonn

Gastbeiträge

Artikel aus Verbänden und Forschung
sind willkommen. Die Redaktion behält
sich Kürzung und Bearbeitung vor. Für
unverlangt eingesandtes Material keine
Haftung. Namentlich gezeichnete Beiträge
geben nicht unbedingt die Meinung der
Redaktion/des Herausgebers wieder.
Redaktionsschluss: 20. des Vormonats.

Copyright

Die Urheberrechte liegen beim Herausgeber.
Einzelne Artikel können nachgedruckt
werden, wenn die Quelle angegeben wird.

Förderhinweis

Dieses Projekt wird finanziell vom Bundes-
umweltministerium gefördert. Die Förderer
übernehmen keine Gewähr für die Richtig-
keit, Genauigkeit und Vollständigkeit der
Angaben sowie für die Beachtung der
Rechte Dritter. Die geäußerten Ansichten
und Meinungen müssen nicht mit denen
der Förderer übereinstimmen.

Tourismus ist der Schlüssel zu vielen Naturschutzfragen

Liebe Leserinnen und Leser,

es ist im Deutschland-Rundbrief sicher nicht notwendig, alle Natur- und Umweltprobleme darzustellen, die eng mit dem Tourismus zusammenhängen. Nimmt man aber die Probleme des Klimas, der Luftreinhaltung, des Verkehrs, der Energie usw. ernst, dann wird schnell klar, dass der Tourismus ein Schlüssel zu Verbesserungen sein wird.

Vor diesem Hintergrund hat das Präsidium des Deutschen Naturschutzrings beschlossen, einen Arbeitskreis Tourismus zu gründen, was am 12. Dezember 2006 in Berlin auch geschehen ist. Nun mag man sagen: Wozu solch einen AK Tourismus einrichten, wo wir doch genug Wissen haben, um zu handeln? Es gibt doch ausreichend Vorschläge und Ideen, die nur umgesetzt werden müssen!

Doch es fehlt in vielen Bereichen nicht an Wissen, es fehlt an der Umsetzung, an einem Gesamtkonzept, an das sich die Akteure halten. Hier will der AK Tourismus ansetzen. Er soll die Zusammenführung der vorhandenen Daten und Erkenntnisse organisieren, er soll - wo Nachholbedarf besteht - Untersuchungen und Gutachten fördern und ein Gesamtkonzept entwickeln. Soll diese Arbeit tatsächlich in die Praxis Eingang finden, müssen alle Akteure im Tourismus mit an den Tisch des AK Tourismus. Nur in der Einbeziehung aller Beteiligten liegt die Chance für ein akzeptierbares Leitbild für einen nachhaltigen Tourismus in Deutschland. Von der Politik ist - gerade wegen der fachübergreifenden Zuständigkeiten im Tourismus - einzufordern, dass sie diesen Prozess unterstützt. Es geht nicht um Verhinderung, es geht um zukunftsfähigen, nachhaltigen Tourismus.

Ich bin mir im Klaren darüber, welche schwierige Aufgabe das ist. Die erste Sitzung in Berlin gibt mir aber die Hoffnung, dass alle Natur- und Umweltverbände hier Handlungsbedarf sehen und mitmachen. Jetzt gilt es, die Wege abzustimmen und Partner zu finden, die einen nachhaltigen Tourismus in Deutschland wollen.

Liebe Leserinnen und Leser, als Präsident eines Wanderverbandes mit rund 80.000 Mitgliedern und 241 Ortsgruppen und Vertreter des Deutschen Wanderverbands mit etwa 600.000 Mitgliedern möchte ich die Gelegenheit nutzen - und bitte dafür um Ihr Verständnis - die Arbeit der Wanderverbände im Natur- und Umweltschutz in aller Kürze darzustellen.

Die anerkannten Wander- und Naturschutzverbände sind durch ihre flächendeckende Präsenz in den Regionen wichtige Ansprechpartner für Politik und Verwaltungen. Durch das Anlegen und die Pflege von Wanderwegen wird flächendeckend eine Besucherlenkung erreicht, die verhindert, dass sensible Landschaften und Schutzgebiete über Gebühr beansprucht werden. Durch gezielte Ausbildung von Wanderführern wird bei den Teilnehmern von Wanderungen Verständnis für Natur und Landschaft geweckt. Die Erkenntnis, dass man nur schützen und bewahren kann, was man kennt, wird hier traditionell und erfolgreich umgesetzt. Die Naturschutzwarte in den Wanderverbänden versehen in Schutzgebieten wertvolle Streifenarbeit, helfen bei der Sicherung von Biotopen und sind wichtige Garanten einer vernünftigen Naturschutzarbeit der Wanderverbände.

Der gesundheitliche und soziale Aspekt des Wanderns findet immer mehr Anerkennung und Zuspruch. Das Wandern ist deshalb auch ein Quell, aus dem künftige Naturschützer hervorgehen. Das Erkennen und Aufnehmen von Landschaften und Naturschönheiten ist in seiner Gesamtheit nur durch das langsame Gehen, das Wandern in der Landschaft möglich. Der Mensch braucht, um einen Ausgleich zum technisch überlagerten Alltag zu finden, eine gesunde - und nicht von technischen Bauten überlagerte - natürliche Landschaft zur Erholung und als Kraftquell für den Alltag.

In diesem Sinne wünsche ich allen Lesern die Zeit und Gelegenheit, sich eine Landschaft zu erwandern und sich somit für Eindrücke zu öffnen, um im Alltag für den Natur- und Umweltschutz gestärkt zu sein.

Ihr

Eugen Dieterle

Präsident des Schwarzwaldvereins, Vorstandsmitglied im Deutschen Wanderverband und im DNR und Vorsitzender des DNR-Arbeitskreises Tourismus

2 Impressum

3 Editorial

- Tourismus ist der Schlüssel zu vielen Naturschutzfragen
Von Eugen Dieterle

5 Verbände, Ehrenamt

- „Frauen sind oft sachorientierter“
Interview mit Nina Griesshammer, WWF
- Naturschützer kämpfen um mehr staatliche Anerkennung
Von Eugen Dieterle, Wanderverband
- Auszeichnung: Umweltbildung im Zoo
- Kurzmeldungen: Vier Pfoten, Bund Naturschutz, Öko-Jobs, Linkliste
- DNR-Intern: Vorschläge für Deutschen Umweltpreis 2007

8 Agrarpolitik, Gentechnik, Verbraucherschutz

- Gentechnik: Umdenken der CDU
- Kritik an Seehofer-Eckpunkten zum Gentechnikgesetz
- Bio-Boom geht an Jugendlichen vorbei
- Immer mehr Gifte in Obst und Gemüse legal
- Kurzmeldungen: Genmais, Kennzeichnung, Nutztiere, Pestizide
- Lesenswert: Pestizide, Ökolandbau, Bio-Markt

11 Emissionen, Abfall, Chemie, Industrie

- Einwegpfand verfehlt Ziel
- Verpackungsnovelle soll Grünen Punkt stärken
- Australischer Giftmüll für NRW

12 Energie, Klima

- EU will 20 Prozent Treibhausgase bis 2020 einsparen
- Berlin kommt Brüssel beim Emissionshandel entgegen
- Klimaforscher sagen 4,5 Grad Erderwärmung voraus
- Gewerkschafts-Demonstration gegen Klimapolitik
- Kurzmeldungen: Solarpreis

14 Nachhaltigkeit, Umweltpolitik, Recht

- Umweltgesetzbuch soll anspruchsvoller werden
- Kurzmeldungen: Wettbewerb, Al-Gore-Film, Politikwechsel, Atomausstieg, Umweltverwaltungen
- Lesenswert: Regionalentwicklung, Anders Arbeiten

16 Naturschutz, Artenschutz, Tierschutz

- Natur des Jahres 2007 - Übersicht
- Bayerischer Wald: Nationalpark-Streit
- Bundeswildwegeplan vorgestellt
- Fachtagung: Umgang mit Wölfen
- Kurzmeldungen: Straßenbau, Gartenvögel, Naturlandschaften

19 Verkehr, Tourismus

- Nationale Diskussion um CO₂-Ausstoß von Autos
- Schwermetall-Quelle Straßenverkehr
- Bahn AG verschiebt Sanierungen
- Kurzmeldungen: Güterverkehr, Lärmschutz, Beltquerung, Tourismus

22 Wasser, Meere

- Uferrenaturierung am Rhein
- Grundwasservergiftung durch Arzneimittel nimmt zu
- Lesenswert: Schwarzbuch Wasser

23 Service

- Umwelt-Termine
- Informationsquellen
- EU-Umweltpolitik verständlich

Inhalt des EU-Rundschreibens: Seite 28.

Gastbeitrag „Frauen sind oft sachorientierter“

Interview mit Nina Griesshammer, WWF

Frau Griesshammer, wann und warum haben Sie sich entschieden, sich in der Männerdomäne Forstwirtschaft beruflich zu engagieren?

Das war eigentlich eine reine Bauchentscheidung: Mein Interesse an naturwissenschaftlichen Themen war schon in der Schule sehr groß. Mit Forstwissenschaft habe ich mir dann ein Studienfach ausgesucht, unter dem ich mir was Handfestes und Konkretes vorstellen konnte. Dass es ein Feld ist, auf dem sich fast nur Männer tummeln, wurde mir erst später so richtig bewusst. Viel wichtiger war mir, dass ich etwas mache, mit dem ich die Welt wenigstens ein bisschen verändern kann.

Wie sind Ihre bisherigen Erfahrungen: Welche Probleme, welche positiven Erlebnisse in Ihrer Arbeit können Sie schildern?

Bei allem weiblichen Selbstbewusstsein muss man einfach anerkennen, dass man für die „echte“ Waldarbeit - also zum Beispiel beim Holzfällen oder Jagen - schon sehr viel körperliche Kraft braucht. Da sind viele Frauen von vornherein im Hintertreffen. Natürlich können sie sich trotzdem durchsetzen. Als ich während des Studiums ein Praktikum bei den Forstarbeitern gemacht habe, dachten die natürlich zuerst: „Na, die Kleine wird wohl nicht viel zustande bringen.“ Aber ich habe ordentlich angepackt, habe auch mal ein Bier mitgetrunken und vor allem durch mein Fachwissen überzeugt. Letztendlich hat mich die Truppe dann zur „Waldfrau“ ernannt - das fand ich ganz charmant. Heute ist die praktische Arbeit nur noch selten Bestandteil meines Alltags: Als Waldreferentin des WWF engagiere ich mich seit acht Jahren vor allem in der politischen Lobbyarbeit. Da ist die körperliche Konstitution nicht mehr entscheidend. Aber auch hier treffe ich hauptsächlich auf männliche Gesprächspartner und habe als junge Frau eine gewisse Sonderstellung.

Sind Frauen die besseren Natur- und Umweltschützer?

Das ist eine Frage, die man wahrscheinlich nie abschließend beantworten kann. Aber ich weiß von einem WWF-Projekt in China, das durch den gezielten Einsatz von Frauen konkrete Fortschritte gemacht

hat: Dort sorgt eine weibliche Schutzpatrouille dafür, dass illegale Holzfäller und Wilderer aufgespürt und bestraft werden. Früher haben diesen gefährlichen und körperlich anstrengenden Job ausschließlich Männer erledigt. Aber Wilderei und Holzfällerei wurden kaum eingedämmt. Man hat herausgefunden, dass die männlichen Wildhüter die Straftäter eher persönlich kannten und sich daher schwerer damit taten sie zu „verraten“. Das alles lief natürlich unterbewusst ab. Aber letztlich zählt, dass sich die Frauen in diesem konkreten Fall viel besser distanzieren und sachorientierter waren und dass es der Umwelt und den Tieren viel besser geht, seit die Wildhütertruppe aus Frauen besteht.

Sehen Sie Fähigkeiten bei Frauen, die sie für eine Tätigkeit im Natur- und Umweltschutz prädestinieren?

„Das müssen Sie wohl Soziologen fragen. Der Deutsche Naturschutzring DNR hat zum Beispiel im letzten Jahr eine Studie¹ abgeschlossen, die sich mit der Geschlechtergerechtigkeit im Natur- und Umweltschutz befasst. Aber wenn Sie meine persönliche Meinung hören möchten, die ich während meiner bisherigen beruflichen Laufbahn gewonnen habe: Gerade im Natur- und Umweltschutz ist es sehr wichtig zu vermitteln, Menschen für die Sache zu gewinnen und einen Ausgleich zwischen verschiedenen Interessen herzustellen. Und genau da sehe ich das Potenzial für Frauen, die erwiesenermaßen besonders große kommunikative und integrative Fähigkeiten besitzen. Frauen sind meist mehr an der Sache und weniger an dem persönlichen Erfolg orientiert und können sich auch mal zurücknehmen. Natur- und Umweltschutz ist eine äußerst langwierige Angelegenheit - wer ausschließlich auf schnelle Ergebnisse aus ist, kann in diesem Berufsfeld nur wenig auf der Habenseite verbuchen. Das fällt Frauen meiner Meinung nach schon leichter als Männern.

Welches sind Ihre Aufgaben für die nächste Zeit, und wie sieht Ihre Vision für den Natur- und Umweltschutz aus?

Ich kämpfe im Moment dafür, dass in Deutschland der Handel mit Holz aus illegalem Holz unter Strafe gestellt wird. Für den illegalen Holzhandel werden weltweit riesige Wälder vernichtet - und die Ver-

Nina Griesshammer, Jahrgang 1972, aus dem oberbayerischen Ebersberg studierte Forstwissenschaft in Weihenstephan an der Ludwig-Maximilians-Universität München. Nach ihrem Studium stieg sie 1999 im Fachbereich Wald der Umweltstiftung WWF Deutschland (World Wide Fund For Nature) ein. Sie ist dort zuständig für nationale und internationale Forstpolitik sowie für den Schutz der Tropenwälder in Indonesien. Seit 2003 ist Nina Griesshammer außerdem Vorstandsmitglied in der Umweltkammer des FSC Deutschland (Forest Stewardship Council). Mit dem FSC setzt sie sich für ein Siegel für Holzprodukte ein, das eine verantwortungsvolle Holznutzung garantiert, ohne dass die Wälder aus dem Gleichgewicht geraten. Denn in FSC-Wäldern bleibt die Vielfalt von Pflanzen und Tieren erhalten. Auf Sumatra kämpft Nina Griesshammer mit Park-Rangern gegen die illegale Zerstörung des Regenwaldes und schützt die Heimat von Orang-Utans, Tigern und Elefanten.

antwortlichen werden nicht zur Rechenschaft gezogen. Das bringt mich buchstäblich auf die Palme. Ich möchte, dass Tiger, Elefanten, Orang-Utans und viele Millionen andere Arten weiterhin einen Platz zum Leben haben und nicht den eigennützigen Interessen der Menschen geopfert werden. Zusammen mit meinen Kollegen vor Ort kämpfe ich von Deutschland aus für ein Schutzgebietsnetzwerk in Indonesien, das mit Wald-Korridoren untereinander verbunden sein soll. Unsere Schutzpatrouillen suchen nach Tigerfallen und Wilderern und untersuchen mithilfe von Infrarotkameras, wo die Tiger umherstreifen. Meine Vision ist, dass Natur- und Umweltschutz ganz selbstverständlich zum Alltag aller Menschen gehören - egal ob Männer oder Frauen. ■

Interview: Jenni Glaser

• **Weitere Informationen**

WWF Deutschland, Waldexpertin Nina Griesshammer, Rebstöcker Straße 55, 60326 Frankfurt a. M.
Tel. 069-79144194, Fax -617221
eMail: griesshammer@wwf.de
www.wwf.de

¹ Die Studienergebnisse des DNR finden Sie hier: www.dnr.de/dnr/projekte/projekt.php?id=13

Kommentar Sprechen Sie mit Ihrem Abgeordneten!

von Eugen Dieterle, Deutscher Wander-
verband¹

Im Gemeinnützigkeitsrecht fehlt die Anerkennung für Naturschützer

Die Naturschutz- und Umweltprobleme in Deutschland sind so zahlreich und differenziert, dass eine ganzheitliche Betrachtung nicht möglich scheint. Und dennoch liegt gerade in der Gesamtheit der Probleme die große Chance, weiter voran zu kommen auf dem Weg zu einer Gesellschaft mit Zukunftsaussichten und einer gesunden Umwelt.

Der Weg ist steinig, schmal und steil, beschwerlich; manchmal besteht sogar Absturzgefahr. Das alles nimmt der Wanderer, aus dessen Bereich ich komme, hin, wenn er das Ziel als Lohn seiner Anstrengung erreicht.

Im Natur und Umweltschutz sind die Ziele oft nur in weiter Ferne auszumachen, weit weg von der Wirklichkeit und der Realität. Dass bei solchen Aussichten auf Erfolge sich immer wieder Ehrenamtliche für den Umwelt- und Naturschutz einsetzen, ist aller Ehren wert und verdient Anerkennung und Respekt. Auch das Erreichen von Etappenzielen ist ein Schritt in die richtige Richtung und muss als Fortschritt gesehen werden, der die Mühe lohnt.

Die Gesellschaft ist besonders im Natur- und Umweltschutz auf die Ehrenamtlichkeit angewiesen, durch ihren nicht gewinnorientierten, selbstlosen Einsatz, ihren Multiplikatoreffekt, die politikunabhängigen und am Gemeinwohl orientierten Arbeiten sind die Ehrenamtlichen unverzichtbare und wertvolle Glieder in der Demokratie.

Es ist deshalb vollkommen unverständlich und nicht akzeptabel, dass diese Dienste für das Gemeinwohl vom Gesetzgeber bisher nicht die Beachtung gefunden haben, die in Sonntagsreden zwar gerne bestätigt werden, aber im Gesetz keinen Niederschlag finden.

Die Politik ist aufgerufen, dem Dienst der Natur- und Umweltschützer für die Allgemeinheit die verdiente Anerkennung zukommen zu lassen und im Rahmen der Reform des Gemeinnützigkeits- und Spendenrechts nicht nur dem Sport, dem sozialen Bereich und der Kultur gerecht zu werden, sondern auch die Förderer einer gesunden Umwelt und zukunftsfähigen Landschaft zu berücksichtigen. In der Debatte um die Reform des Gemeinnützigkeits- und Spendenrechts muss in den nächsten Wochen und Monaten erhebliche Arbeit und Zeit investiert werden.

► Alle Natur- und Umweltschützer sind aufgerufen, ihre Abgeordneten und politischen Vertreter anzusprechen und auf die Beseitigung dieses ungerechten Zustands zu drängen.

Der DNR-Arbeitskreis Ehrenamt hat gute Grundlagen für solche Gespräche erarbeitet. DNR-Generalsekretär Dr. Helmut Röscheisen gibt gern nähere Informationen zum aktuellen Stand im Gesetzgebungsverfahren und bei der Argumentation, sofern Sie das wünschen. Mit vereinten Kräften müsste eigentlich eine Berücksichtigung im Sinne des Natur- und Umweltschutzes zu erreichen sein. ■

• Weitere Informationen

Eugen Dieterle, Schloessleweg 5,
77709 Wolfach
Tel. 07834-869398, Fax -6072
eMail: eugen.dieterle@t-online.de

Auszeichnung für Bildung und Naturschutz im Zoo

Projekt „Naturschutzbotschafter“ von UNESCO anerkannt

Das erste deutsche Bildungsprojekt mit einem Zoo darf sich seit Ende vergangenen Jahres mit dem Logo der UNESCO schmücken. Die Urkundenverleihung fand im Rahmen des Dritten Runden Tisches der UN-Dekade „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ am 29. November 2006 statt. Das Projekt Naturschutzbotschafter erweist sich damit als Vorbild in Sachen Bildung für Naturschutz und nachhaltige Entwicklung. Bundesweit wurden 80 Projekte ausgezeichnet, davon neun in Hessen. Projektleiterin Eva Barth ist überzeugt: „Zoos bieten einen idealen Rahmen, um Themen der nachhaltigen Entwicklung und des internationalen Naturschutzes in die Öffentlichkeit zu tragen.“ Das gemeinsame Projekt der Zoologischen Gesellschaft Frankfurt (ZGF) und des Frankfurter Zoos startete im November 2005 und wird von der Deutschen Bundesstiftung Umwelt gefördert.

Mit Infomobilen soll Aufklärung über Nachhaltigkeit geleistet werden

Seit dem Sommer 2006 sind die ersten 20 ehrenamtlichen Naturschutzbotschafter im Einsatz, im Frühjahr 2007 sollen 20 weitere ausgebildet werden. Die Naturschutzbotschafter sind ehrenamtliche Mitarbeiter, die im Zoo Frankfurt auf unterhaltsame und anschauliche Weise Naturschutzthemen vermitteln. Sie versuchen damit eine Brücke zwischen Zootieren, Schutzprojekten auf dem Feld sowie individuellem Handeln eines jeden Einzelnen zu schlagen. Mittlerweile gibt es in Deutschland rund 300 Projekte, die mit dem Logo ausgezeichnet wurden. (mt) ■

• Weitere Informationen

Projekt Naturschutzbotschafter, Zoologische Gesellschaft Frankfurt von 1858 e. V. und Zoo Frankfurt, Eva Barth, Projektleiterin, Alfred-Brehm-Platz 16, 60316 Frankfurt am Main
Tel. 069 / 943446-12
eMail: barth@zgf.de
www.naturschutz-erleben.de
www.dekade.org

¹ Der Autor ist Präsident des Schwarzwaldvereins, Vorstandsmitglied im Verband Deutscher Gebirgs- und Wandervereine, Mitglied des DNR-Präsidiums und Vorsitzender des neu gegründeten DNR- Arbeitskreises Tourismus.

Kurzmeldungen

„Vier Pfoten“ neues Mitglied im Deutschen Naturschutzring

Vier Pfoten ist neues Mitglied im Deutschen Naturschutzring. Auf der Mitgliederversammlung des DNR am 25. November 2006 in Berlin wurde der Antrag auf Mitgliedschaft angenommen. Die gemeinnützige Tierschutzorganisation wurde am 4. März 1988 in Wien gegründet und umfasst heute neben der Dachorganisation in Wien Länderbüros in Österreich, Deutschland, der Schweiz, den Niederlanden, Bulgarien, Rumänien und Ungarn. In allen Ländern wurde der Verein inzwischen als Stiftung eingetragen. Vier Pfoten ist sowohl im Kampagnen- als auch im Projektbereich tätig. Durch gezielte Maßnahmen setzt sich die Organisation für die artgerechte Behandlung von Nutztieren, Heimtieren, Labortieren und Wildtieren ein. Neben langfristigen Projekten arbeitete Vier Pfoten in den letzten Jahren - im Zuge von Nothilfeprojekten - auch für Tiere in Katastrophengebieten. (mt)

● VIER PFOTEN - Stiftung für Tierschutz, Hamburg, Tel. 040 / 399 249-0, eMail: office@vier-pfoten.de, www.vier-pfoten.de

Bund Naturschutz in Bayern:

Gentechnik wird Schwerpunkt 2007

Bayernweite Schwerpunkte des Bund Naturschutz in Bayern e. V. (BN) werden 2007 der Einsatz für eine ökologische Landwirtschaft und Gentechnikfreiheit sein: Mit Aktionen gegen Gentechnik im Essen und für die dauerhafte Sicherung der gentechnikfreien Produktion will der BN den Bürger/innen mehr Sicherheit bei den Nahrungsmitteln verschaffen und eine Aufweichung des Gentechnikgesetzes verhindern. Insbesondere die Veranstaltungen zu gentechnikfreien Futtermitteln sollen 2007 ausgeweitet werden. Weitere bayernweite Schwerpunkte werden der Einsatz für alternative Energien und Initiativen zum Klimaschutz sein. Insbesondere die Werbung für Wärmedämmung von Gebäuden als beste Umweltinvestition, die Verkehrswende Richtung Verkehrsvermeidung und -verlagerung auf die Bahn sowie Initiativen für Energiealternativen werden weiter vorangetrieben. Der Kampf um die frei fließende Donau zwischen Straubing und Vilshofen wird ebenfalls einen wesentlichen Punkt in der Arbeit des BN bilden. (mt)

● Bund Naturschutz in Bayern, Regensburg, Tel. 0941 / 29720-0, Fax -30, www.bund-naturschutz.de

Datenbank für Öko-Jobs und -Praktika jetzt auch interaktiv

Oekojobs.de ist eine zentrale Suchmöglichkeit für Freiwilligendienste, Jobs, Praktika, Workcamps oder ehrenamtliches Engagement im ökologischen Bereich. Ab sofort können hier nicht nur Angebote gesucht, sondern auch online in die Datenbank eingetragen und verwaltet werden. Unter oekojobs.de findet sich die deutsche Version und unter eco-jobs.info kann das gesamte Angebot in Englisch und Französisch abgefragt werden. Dabei ist ein Wechsel zwischen den Sprachen an jeder Stelle möglich. Im Newsbereich sollen immer aktuelle Informationen zur Jobsuche, Freiwilligendiensten, Termine oder Fördermöglichkeiten veröffentlicht werden. Durch die Benutzerverwaltung ist jederzeit eine Änderung der Einträge möglich. Eine neue Stelleneingabe soll detaillierte Angaben zu den einzelnen Angeboten ermöglichen. Trägern von Einsatzstellen soll künftig auch die Möglichkeit geboten werden, ihre Einträge auf den eigenen Internetseiten anzeigen zu lassen. So müssen die Daten nur einmal eingegeben werden. (mt)

● Europäische Öko-Jobbörse, Jörn Hartje, Bad Oldesloe, Tel. 04531 / 4512, www.oekojobs.de, www.eco-jobs.info

„Bessere Welt Links“ mit völlig neuem Internetauftritt

Mit neuen Funktionen, übersichtlich geordnet und breit gefächert erscheint die größte Sammlung nichtkommerzieller gesellschaftspolitischer Links im Internet unter www.bessereweltlinks.de. Der bekannte Umweltjournalist Franz Alt lobt diese Zusammenstellung der „wohl ergiebigsten und wichtigsten Links des Web“. Sie stelle ein ideales Hilfsmittel für engagierte Bürger/innen dar, um sich im Datenschwung des Internets leichter orientieren und das Netz optimal nutzen zu können. Die aufwendige Suche bei Google und die ebenso zeitaufwendige Trennung brauchbarer von weniger brauchbaren Links sei nun überflüssig geworden. Bessere Welt Links bieten werbefrei etwa 30.000 deutsche Links zu 20 Hauptrubriken wie Globalisierung, Umwelt oder Medien. „Bessere Welt Links“ wurden mit dem Comenius-Gütesiegel ausgezeichnet und werden heute von rund 2000 Nutzerinnen und Nutzern täglich besucht. (mt)

www.bessereweltlinks.de



DNR-Intern

Deutscher Umweltpreis 2007: DNR schlägt neun Kandidat/innen vor

Der DNR hat im Februar neun Kandidatinnen und Kandidaten für den Deutschen Umweltpreis 2007 vorgeschlagen. Bereits im vergangenen Jahr waren sechs Vorschläge eingereicht worden, drei weitere kamen jetzt hinzu. Es sind

- Rainer Grießhammer, Öko-Institut
- Beate Weber, Oberbürgermeisterin von Heidelberg,
- Dagi Kieffer, Stiftung Ökologie und Landbau,
- Dietrich Jörn Weder, Umweltjournalist und Autor,
- Gerhard de Haan, FU Berlin, Erziehungswissenschaftliche Zukunftsforschung,
- Christine von Weizsäcker, Ecoropa,
- Samuel Jürgen, Freies Kunstbüro Concept Nouveau,
- Albert Lippert, DNR (für den Ehrenpreis).

Mit dem Deutschen Umweltpreis werden Einsatz und Leistungen ausgezeichnet, die entscheidend und in vorbildhafter Weise zum Schutz und Erhalt der Umwelt beigetragen haben oder in Zukunft zu einer deutlichen Umweltentlastung beitragen werden. Der Preis ist mit 500.000 Euro dotiert und richtet sich gleichermaßen an Personen, Firmen und Organisationen. Es können Projekte, Maßnahmen oder die „Lebensleistung“ einer Person prämiert werden. Der Preis wird jährlich von der Deutschen Bundesstiftung Umwelt (DBU) vergeben und kann zwischen mehreren Preisträgern aufgeteilt werden. Der DNR gehört zu den vorschlagsberechtigten Institutionen. (mbu)

● DNR, Bonn, Tel. 0228 / 3590-05, Fax -96, eMail: info@dnr.de, www.dnr.de



Biotechnologisches Umdenken bei der CSU

Seehofer äußert Skepsis gegenüber Gentechnik

Bei der Biolandwoche 2007 im Februar haben Landwirtschaftsminister Horst Seehofer und bayerische Biobauern über das neue Gentechnikgesetz diskutiert. Auf der Veranstaltung im Benediktinerkloster Plankstetten in der Oberpfalz stellte Seehofer heraus, dass die vor einem Jahr aufgebrachte Idee eines staatlichen Haftungsfonds für die Gentechnikanbieter heute vom Tisch sei. Das Risiko der ungewollten Verbreitung genmanipulierter Organismen sei nicht versicherbar. Schon deshalb, so der Minister, empfehle der Deutsche Bauernverband, keine Gentechnik anzubauen. Seehofer sagte zu den zahlreich erschienenen Gentechnik-Kritikern: "Ich weiß um meine Verantwortung für die Schöpfung, ich habe mich in den letzten zwölf Monaten nicht ins Nirwana bewegt, sondern in Ihre Richtung".

CSU-Generalsekretär Söder noch kritischer

CSU-Generalsekretär Markus Söder erklärte einige Tage später in der Berliner Zeitung sogar, Seehofers Skepsis gehe ihm nicht weit genug. Fünf Jahre Moratorium hält Söder für angebracht. Auch Seehofers Argument, man dürfe sich nicht in zehn Jahren die Gentechnik von den Indern und Chinesen beantworten lassen, ließ Söder nicht gelten: „Der ethisch-ökologische Maßstab Chinas sollte nicht unser Maßstab sein.“ Selbstverpflichtungen der Industrie brächten „nicht immer das gewünschte Ergebnis“. Söder forderte - wie auch die SPD - einen Abstand von mindestens 300 Metern bis zum nächsten gentechnikfreien Feld. Seehofer hatte sich für 150 Meter ausgesprochen.

Der Vorsitzende des Bund Naturschutz in Bayern Hubert Weiger lobte das Umdenken der CSU in dieser Frage. Das müsse nicht nur in der Bundesrepublik, sondern in der ganzen EU zum Vorbild werden. (mt) ■ ▼

• Weitere Informationen

Bundeslandwirtschaftsministerium (BMELV), Dienstsitz Berlin, Wilhelmstraße 54, 10117 Berlin
Tel. 01888 / 529-3173, Fax -3179
eMail: pressestelle@bmelv.bund.de
www.bmelv.de

Seehofers Eckpunkte zum Gentechnikgesetz ecken an

Geringer Sicherheitsabstand, hoher Schwellenwert für Verunreinigung

Umwelt- und Erzeugerverbände haben ein Ende Februar vorgestelltes Eckpunktepapier der Bundesregierung zur Gentechnik kritisiert. Für den Anbauverband Bioland lesen sich die Vorschläge wie „ein Freibrief für großflächige gentechnische Verunreinigungen“. Der Verband forderte, dass der Haftungsanspruch für gentechnisch kontaminierte Pflanzen nicht erst ab dem Schwellenwert von 0,9 Prozent gelten soll. Denn damit würde ein Großteil der Haftungsfälle künftig nicht mehr entschädigt werden. Auch den im Papier genannten Sicherheitsabstand zwischen gentechnikfreien Feldern und solchen mit genmanipulierten Pflanzen halten die Kritiker nicht für ausreichend.

Die Arbeitsgemeinschaft für bäuerliche Landwirtschaft (AbL) betonte, der Mindestabstand müsse dafür sorgen, dass es gar nicht erst zu einer Kontamination kommt. Das Eckpunktepapier sieht Abstände von 150 Metern vor. Der Umweltverband BUND fordert mindestens 800 Meter zwischen Feldern mit und ohne Gentechnikanbau. Mehrere Verbände zeigten Enttäuschung und Unverständnis, dass SPD und CSU ihren Gentechnik-kritischen Stellungnahmen der letzten Wochen (siehe vorhergehenden Beitrag) keine politischen Anstrengungen in gleichem Umfang folgen ließen.

Öffentliche Standortregister erhalten

Der BUND Nordrhein-Westfalen plädiert außerdem dafür, das öffentliche Standortregister in seiner jetzigen Form zu erhalten. Die Bundesregierung will künftig nicht mehr die genaue Lage der Genfelder veröffentlichen. Das bezeichnete der Umweltverband als Demokratieabbau. Offenbar wolle Bundesagrarminister Horst Seehofer damit Proteste vor Ort erschweren. Nach Erfahrungen des BUND verstärkt aber die Geheimhaltung der Flächen den Unmut der Gentechnikgegner noch. Nach Angaben der AbL haben sich Bäuerinnen und Bauern in 117 gentechnikfreien Regionen auf einer Fläche von über einer Million Hektar zusammengeschlossen.

Drei Viertel der Verbraucher/innen wollen kein Gentech-Essen

Eine Studie zur Gentechnik der GfK-Marktforschung vom Dezember 2006 hatte er-

geben, dass die große Mehrheit der Verbraucher/innen keine gentechnisch veränderten Lebensmittel essen möchte. 75 Prozent der Befragten lehnen laut der Studie „die Entwicklung und Einführung von gentechnisch veränderten Lebensmitteln generell ab“. Nur 7 Prozent befürworteten diese Praktiken, 18 Prozent zeigten sich dem Thema gegenüber gleichgültig.

Die Ergebnisse der GfK-Studie decken sich mit einer Umfrage des Internetdienstes agrarheute.com des Deutschen Landwirtschaftsverlags. Danach nennen 78 Prozent der Befragten den Anbau gentechnisch veränderter Lebensmittel „unverantwortlich“, nur 13 Prozent sehen ihn als nötig an, der Rest äußerte sich nicht. Die Frage, ob die Forschung zur grünen Gentechnik in Deutschland erleichtert werden sollte, beantworteten 89 Prozent mit „Nein, auf gar keinen Fall“.

NABU will gegen Freilandversuch in Vogelschutzgebiet klagen

Gegen ein gentechnisches Forschungsprojekt will der NABU klagen: Es geht um einen Freisetzungsversuch des US-Saatgutkonzerns Pioneer Hi-Bred in Brandenburg und Sachsen. An fünf Standorten soll dort gentechnisch veränderter Mais ausgesät werden. In einem Fall liegt der Standort für das Experiment mitten im europäischen Vogelschutzgebiet Rhin-Havelnordwestlich von Berlin. Der NABU erhob gegen alle fünf Standorte Einwände und will im Fall des Vogelschutzgebietes Klage erheben. (mbu) ■ ▼

• Weitere Informationen

Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL), Hamm
Tel. 02381 / 9053170, Fax /492221
eMail: info@abl-ev.de
www.abl-ev.de

Bioland, Mainz
Tel. 06131 / 23979-17, Fax -27
eMail: presse@bioland.de
www.bioland.de

BUND NRW, Ralf Bilke, Düsseldorf
Tel. 0211 / 302005-20
www.bund-nrw.de

NABU, Dr. Steffi Ober, Berlin
Tel. 030 / 284984-0, Fax -84
eMail: bv.berlin@nabu.de
www.nabu.de

Bio-Boom geht an Jugendlichen vorbei

Umfrage zeigt Wissenslücken - Branche sucht neue Werbeideen

Eine Umfrage des Forums Berufsbildung hat Mitte Februar herausgefunden, dass 78 Prozent der Jugendlichen mit Bio zunächst einen höheren Preis verbinden und nur 44 % Umweltschutz als wichtiges Kennzeichen der Ökoprodukte erkennen. Zwar kommt in fast 80 % der Haushalte der Befragten gelegentlich Bioessen auf den Tisch, doch konnten 46 % der Jugendlichen kein konkretes Bioprodukt nennen.

Susanne Moritz von der Verbraucherzentrale Bayern sieht die Gründe dafür im geringen Interesse der Jugend für Gesundheitsargumente. Zudem würden Ökolebensmittel bislang kaum an den Orten angeboten, wo Jugendliche gerne einkaufen, etwa an Schulen oder Kiosken.

Wissensvermittlung über Ernährungs-Zusammenhänge im Vordergrund

Die Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung versucht bereits Jugendliche für Ökoessen zu begeistern. Beispiele sind das „Biofood-Project“ oder der Schülerwettbewerb „Bio find ich kuh-!“. Es sei erstaunlich, wie wenig Schüler über Ernährung wüssten, sagte Projektleiter Michael Diewald.

Nach einem Bericht der „tageszeitung“ (taz) lassen sich manche Ökoprodukte jedoch auch ohne Aufklärung an Jugendliche verkaufen. Das zeige etwa die „Bionade“. Die Brause ist bei Jugendlichen ein Kultgetränk. Nur die Hälfte der Käufer weiß jedoch laut taz, dass es sich um ein Bioprodukt handelt. Bionade-Chef Peter Kovalsky argumentierte, es komme auf den Geschmack und den Spaßfaktor an, Ideologie und Überzeugung komme erst an zweiter Stelle. Alexander Gerber vom Bund Ökologische Lebensmittelwirtschaft sagte dagegen, es interessierten sich heute wieder mehr Jugendliche für Umwelt und Ethik. (mt) ■ ▼

● **Weitere Informationen**

Bund Ökologische Lebensmittelwirtschaft (BÖLW), Marienstr. 19-20, 10117 Berlin
Tel. 030 / 28482-300, Fax -309
eMail: info@boelw.de
www.boelw.de

Immer mehr Gifte in Obst und Gemüse legal

Verbraucherministerium erhöhte zahlreiche Pestizid-Grenzwerte

In den vergangenen beiden Jahren hat das Bundeslandwirtschaftsministerium (BMELV) hunderte Grenzwerte für Pestizide in Obst und Gemüse angehoben. Das geht aus einer Untersuchung im Auftrag von Greenpeace hervor. Danach sind die Steigerungen erheblich: Im Schnitt wurden die Grenzwerte um das 33fache erhöht. Bei Produkten, von denen die meisten Überschreitungen bekannt sind, wie Tafeltrauben, Salate, Kräuter oder Beeren, hob das Ministerium die Grenzwerte am stärksten an, jeweils um mehr als das 500fache. Das bedeutet, dass legal mehr Gift auf den Tellern landet.

Greenpeace fordert für Lebensmittel denselben Schutz wie für Trinkwasser

Zwischen 2004 und 2006 änderte das BMELV über 400 gesetzliche Pestizidgrenzwerte. In fast drei Viertel der Fälle wurden die erlaubten Belastungsgrenzen erhöht. Nur bei einem guten Viertel wurden sie gesenkt. Greenpeace forderte von Bundesverbraucherminister Horst Seehofer die Umkehr der Grenzwertpolitik: Für Pestizide in Lebensmitteln sollte wie für Trinkwasser ein genereller Schutzwert gelten. Dieser sollte bei maximal 0,01 Milligramm pro Kilogramm Lebensmittel liegen. Außerdem verlangt die Umweltorganisation wirksame Kontrollen, damit belastete Lebensmittel vom Markt ferngehalten werden. (mbu) ■ ▼

● **Weitere Informationen**

Greenpeace, Chemieexperte Manfred Krautter, Große Elbstr. 39, 22767 Hamburg
Tel. 040 / 30618-358, Fax -100
eMail: mail@greenpeace.de
www.greenpeace.de/einkaufsnetz

Kurzmeldungen

2663 Hektar Genmais angemeldet - fast alle Flächen in Ostdeutschland

Wer gentechnisch veränderten Mais anbauen will, muss seine Fläche drei Monate vor der Aussaat im Standortregister des Bundesamts für Verbraucherschutz (BVL) anmelden. Dort sind bisher 2663 Hektar (von insgesamt rund 1,7 Millionen Hektar Maisanbau) an 171 Standorten verzeichnet. Geplant ist nach Informationen vom Bund Ökologische Lebensmittelwirtschaft (BÖLW) der Anbau auf etwa 3700 Hektar. Die größte Fläche liegt mit insgesamt 1550 ha in Brandenburg, gefolgt von 550 ha in Sachsen, 370 in Mecklenburg-Vorpommern und 200 in Sachsen-Anhalt. In den übrigen Bundesländern sind es zusammen nur 20 Hektar. 99 Prozent der Freilandversuche erfolgen in den neuen Bundesländern. (mbu)
BVL-Standortregister:
http://194.95.226.237/stareg_web/bundeslandStatistic.do?ab=2007

Agro-Gentechnik bedroht Bienen - Imker starten Informationsplattform

Der Bienenhaltungsverein Mellifera hat eine Internetplattform eingerichtet, die über den Zusammenhang zwischen Bienen als Blütenbestäuber und der Agro-Gentechnik informieren soll. Auslöser für das Informationsportal waren die Klagen gegen den illegalen Anbau von gentechnisch verändertem MON810-Mais. Die Imker fürchten die Verunreinigung des Honigs und fühlen sich zu wenig geschützt. Es gebe kein Konzept, wie auch künftig gentechnikfreier Honig erzeugt werden könne. Viele andere blütenbestäubende Insekten decken einen großen Teil ihres Eiweißbedarfs aus Maispollen. Wildbienen mit beschränktem Flugradius könnten dadurch in die Lage kommen sich überwiegend mit genmanipuliertem Eiweiß ernähren zu müssen. Daher halten Mellifera und andere Imkerorganisationen es für unverantwortlich MON 810 und andere Gen-Pflanzen anzubauen. (mbu)
www.bienen-gentechnik.de

10 Jahre Gentechnik-Kennzeichnung: Inkonsequenz bei Futtermitteln

Obwohl weltweit inzwischen auf mehr als 100 Millionen Hektar Fläche gentechnisch veränderte Pflanzen angebaut werden, sind in Deutschland und den meisten anderen EU-Ländern so gut wie keine gekennzeichneten Lebensmittel in den Läden zu finden. Nach Ansicht der Verbrau-

cher Initiative liegt das allerdings vor allem daran, dass wichtige Gentechnik-Anwendungen von der Kennzeichnungspflicht ausgenommen sind. So muss die Verwendung von genmanipuliertem Futter nicht auf dem Endprodukt wie Fleisch, Milch oder Eiern etikettiert werden. Um eine wirkliche Wahlfreiheit für Kunden zu erreichen, fordert die Verbraucher Initiative deshalb die Kennzeichnungspflicht auf Futtermittel und Zusatzstoffe auszuweiten. (mbu)

● Verbraucher Initiative, Berlin, Tel. 030 / 5360733, www.verbraucher.org

Verbotene Pestizide auch bei Blumen

Greenpeace hat bei seinen Recherchen zum Einsatz verbotener Pestizide in Deutschland jetzt auch Blumen und Pflanzen ins Visier genommen. Bei Untersuchungen von Topftulpen in Nordrhein-Westfalen wurde der Wirkstoff Pacllobutrazol festgestellt, der beispielsweise im Wachstumsregler Bonzi enthalten ist. Die Experten gehen davon aus, dass das Pflanzenbehandlungsmittel in größerem Umfang eingesetzt wird: Man habe Spitzenwerte bei Tulpen gefunden, die nur durch ein Bad in dem Pestizid erreicht werden könnten, sagte Greenpeace-Agrarexperte Martin Hofstetter. Bei einer Blumen-Stichprobe sei ein Spitzenwert von 10,6 Milligramm pro Kilogramm gefunden worden. Gegen die Erzeuger der Tulpen hat Greenpeace Anzeige erstattet. (mt)

Quelle: www.fruchtportal.de

Förderpreis „Pro Tier“ für artgerechte Nutztierhaltung - bis 31.5. bewerben

► Die Allianz für Tiere in der Landwirtschaft vergibt dieses Jahr zum dritten Mal den Pro-Tier-Förderpreis für artgerechte Nutztierhaltung. Ausgezeichnet werden landwirtschaftliche Betriebe, Vereine und Einzelpersonen, die Vorbildliches in diesem Bereich leisten. Der Preis ist mit 10.000 Euro dotiert. 2007 stehen die gesellschaftlichen Leistungen, die mit der artgerechten Tierhaltung verbunden sind, im Mittelpunkt der Preisverleihung. Die Bewerbungsfrist endet am 31. Mai. Der Allianz gehören der BUND, der Deutsche Tierschutzbund, die Schweisfurth-Stiftung und der Bundesverband der Verbrauchersentralen an. (mbu)

● Allianz für Tiere, info@make-sense.org, www.allianz-fuer-tiere.de

■

Lesenswert

Pestizide in Lebensmitteln

28 Prozent der europäischen Bürger/innen sind über Pestizide in Nahrungsmitteln sehr und weitere 42 Prozent „ziemlich besorgt“, so eine EU-Umfrage von 2006. Dass tatsächlich Grund zur Besorgnis besteht, zeigt eine Studie des Pestizid Aktions-Netzwerks (PAN Germany): Über die Hälfte aller pflanzlichen Lebensmittel enthält Pestizidrückstände. PAN überprüfte Pestizide, die in Obst, Gemüse und Getreide gefunden werden, auf ihre Umweltverträglichkeit. In der Kurzzeitstudie wird belegt, dass der Schutz von Verbraucher/innen vor den Risiken von Pestizidrückständen in Lebensmitteln prinzipiell immer auch die Umwelt schützt. Insgesamt wurden 37 Pestizide bewertet. (mt)

Lars Neumeister: Wir sind Umwelt - Verbraucherschutz ist Umweltschutz, Hamburg 2006, 23 S., 3,- Euro, ISBN 3-9810186-4-8; Hrg./Bezug: PAN, Nernstweg 32, 22765 Hamburg (zzgl. 2,- Euro Versand), info@pan-germany.org

Antworten auf häufige Fragen zu Öko-Landbau und Bio-Lebensmitteln

Die Nachfrage nach Bio-Produkten steigt stetig. Damit nimmt zugleich das Interesse an der ökologischen Lebensmittelwirtschaft zu. Neben grundsätzlichen Fragen zu Anbau, Handel und Verarbeitung werden häufig auch kritische Nachfragen gestellt: Sind Bio-Lebensmittel gesünder? Kann ich Bio vertrauen? Kann man mit Bio die Welt ernähren? Der Argumentationsleitfaden des Bundes Ökologische Lebensmittelwirtschaft (BÖLW) greift die zentralen Fragen rund um Öko-Landbau und Bio-Lebensmittel auf und gibt kurze, sachliche Antworten. Damit ist der Leitfaden ein praktisches Instrument für Journalisten und Politiker, die sich schnell ausführlich informieren wollen. Auf folgende Themenfelder wird mit der Beantwortung von 25 Fragen eingegangen: Grundlagen, Erzeugung, Verarbeitung, Vermarktung, Qualität, Umweltwirkungen, gesellschaftliche Zusammenhänge. Die wichtigsten Gesichtspunkte zu der jeweiligen Frage sind auf einen Blick erfassbar, indem sie eine logische Argumentationskette bilden. Quellenverweise ermöglichen es, einzelne Sachverhalte zu vertiefen. (mt)

Bund Ökologische Lebensmittelwirtschaft (BÖLW): Nachgefragt - 25 Antworten zum

Stand des Wissens rund um Öko-Landbau und Bio-Lebensmittel, Albat und Hirmke 2006, 61 S., kostenlos; Bezug und Download (PDF, 1,4 MB): www.boelw.de/bioargumente.html

Folgen der Agrarwende für Landbau, Verarbeitung, Handel und Konsum

Das Verbundprojekt „Von der Agrarwende zur Konsumwende?“ setzt sich mit den ambivalenten Wirkungen der nach der erregten BSE-Debatte zum Jahreswechsel 2001/2002 verkündeten Politik der Agrarwende auf die verschiedenen Akteursgruppen der Bio-Wertschöpfungskette auseinander. Im Vordergrund der Forschung stehen die in Gang gesetzte Entwicklungsdynamik und die strukturellen Veränderungen, die sich in den letzten Jahren im Bereich des Öko-Landbaus, der Lebensmittelverarbeitung, des Bio-Handels und Konsums vollziehen. Der erste Ergebnisband „Die Neue Dynamik des Biomarkts“ diskutiert die Chancen, Probleme und Anforderungen, die sich daraus für eine stabile Entwicklung des Bio-Sektors und für Erfolg versprechende Formen der Ernährungskommunikation ergeben. Der zweite Band „Von der Agrarwende zur Konsumwende?“ setzt sich mit der Frage auseinander, welche theoretischen und methodischen Ansätze überhaupt eine empirisch gehaltvolle Analyse von Akteursketten und Netzwerken ermöglichen. (mt)

Karl-Werner Brand (Hrg.): Die neue Dynamik des Bio-Markts - Folgen der Agrarwende im Bereich Landwirtschaft, Verarbeitung, Handel, Konsum und Ernährungskommunikation, Ergebnisband 1, 263 S., 34,80 Euro, ISBN 386581039X; Von der Agrarwende zur Konsumwende? - Die Kettenperspektive, Ergebnisband 2, 200 S., 29,80 Euro, ISBN 3865810403, beide oekom Verlag, München 2006; Bezug: www.oekom.de/nc/aktuelles/neue-buecher.html

■

Einwegpfand verfehlt sein Ziel

Studie: Dosenpfand zeigt nicht von Politik erwartete Wirkung

Einer Untersuchung der Gesellschaft für Konsumforschung (GfK) zufolge ist die Mehrwegquote bei alkoholfreien Getränken zum Jahreswechsel auf historische 34,6 Prozent abgesackt. Das sei fast ein Viertel weniger als bei Pfand Einführung vor vier Jahren, berichtete die „Welt“. Die 2003 geänderte Verpackungsverordnung sollte die Mehrwegquote bei Getränken erhöhen, weil die Quote in drei auf einander folgenden Jahren unterhalb von 72 Prozent lag. Für 2006 kam sie nur noch auf einen Durchschnittswert von 44,5 %.

Siegeszug der Discounter wegen Fehler in Verpackungsverordnung

Die handwerklichen Fehler der Verpackungsordnung, wie die anfänglich zugelassenen Insellösungen, sind nach Auffassung von Andreas Rottke, Vorstandschef der Genossenschaft Deutscher Brunnen, das Einfallstor für den Siegeszug der Discounter beim Absatz von Einweggetränken gewesen. Die mangelhaft konzipierte Rechtslage führe den Discountern unverhoffte Gewinne zu. „Durch die eingesparten Gebühren für den Grünen Punkt, durch Pfandschlupf und Recyclingeinnahmen für das sortenreine Verpackungsmaterial erzielen die Discounter jährliche Mehrerlöse von über 400 Millionen Euro“, sagte Rottke. „Mit diesem Geld können sie über Quersubventionen den Preis für Mineralwasser in Einwegflaschen künstlich niedrig halten.“ Die Politik müsse schnell etwas tun, wenn sie den Mehrwegmarkt noch erhalten wolle. Das Pflichtpfand für Einweggetränke in der heutigen Ausgestaltung reiche nicht aus und sollte um eine Abgabelösung ergänzt werden. (mt)

• Weitere Informationen

Deutsche Umwelthilfe (DUH), Abfall-Expertin Eva Leonhardt, Hackescher Markt 4, 10178 Berlin
Tel. 030 / 258986-12, Fax -19
eMail: leonhardt@duh.de
www.duh.de/dosenpfand.html

Verpackungsnovelle soll Grünen Punkt stärken

Unternehmen sollen an das System der gelben Tonne gebunden werden

Das Bundesumweltministerium (BMU) hat Anfang März den Entwurf zur neuen Verpackungsverordnung vorgelegt. Durch sie sollen alle Unternehmen, die Verpackungen für private Verbraucher in Umlauf bringen, an das System der gelben Tonne angeschlossen werden. Ihre Verpackungsmengen müssen künftig von einem Wirtschaftsprüfer begutachtet werden. So soll sichergestellt werden, dass sie die Lizenzgebühren zahlen. In den letzten Jahren waren viele Unternehmen aus der Finanzierung des Systems ausgestiegen und hatten sich günstigeren Selbstentsorgern angeschlossen. Da Verbraucher ihre Verpackungen aber meist nicht in den Geschäften entsorgten, landeten sie trotzdem in der gelben Tonne.

Recyclingfirmen begrüßen Entwurf

Bei den Recyclingunternehmen stieß die geplante Verordnung auf Zustimmung: „Das ist ein positives Signal für den fairen Wettbewerb“, sagte Stefan Schreiter, Geschäftsführer beim Dualen System Deutschland (DSD). Auch die mittelständischen Entsorgungsunternehmen, die im Auftrag der Dualen-System-Anbieter den Abfall bei den Haushalten abholen, begrüßten die Novelle. Das System werde stabilisiert, auch wenn an einigen Punkten nachgebessert werden müsse, erklärte der Bundesverband Sekundärrohstoffe.

Umweltverbände enttäuscht

Eva Leonhardt, Abfallexpertin der Deutschen Umwelthilfe (DUH), sieht den Entwurf kritischer: „Mit ökologischen Standards hat er nichts zu tun.“ Für Verpackungsabfälle wie Kartons oder Kunststoff- und Blechgebände, die im Gewerbe anfallen, sehe er keine stoffliche Verwertungsquote vor - sie könnten damit künftig auf kostengünstigste Art entsorgt und verbrannt werden. So schaffe die Novelle neue Probleme. (fh) ■

• Weitere Informationen

Deutsche Umwelthilfe (DUH), Abfall-Expertin Eva Leonhardt, Hackescher Markt 4, 10178 Berlin
Tel. 030 / 258986-12, Fax -19
eMail: leonhardt@duh.de
www.duh.de/abfall_mehrweg_recyc.html

Australischer Giftmüll soll nach Deutschland

Bayer-Konzern plant Import und Verbrennung von HCB

Die Coordination gegen Bayer-Gefahren (CBG) und die Grünen im Landkreis Steinburg (NRW) haben Ende Februar mitgeteilt, dass hochgiftiges Hexachlorbenzol (HCB) auf dem Seeweg von Australien bis nach Brunsbüttel an der Elbmündung geschafft und in Deutschland verbrannt werden soll. Dies sei in einer Müllverbrennungsanlage der Firma Remondis in Brunsbüttel sowie in Verbrennungsöfen in Leverkusen, Dormagen und Herten geplant. Die giftige Chemie-Altlast bedroht laut CBG seit 30 Jahren das Grundwasser der Millionenstadt Sydney. Australische Umweltschützer würden seit Jahren fordern, das krebserregende HCB umweltschonend im eigenen Land zu beseitigen. Jetzt solle jedoch ein Drittel der Chemikalie in der Brunsbütteler Anlage verbrannt werden. Die übrige Menge in die nordrhein-westfälischen Verbrennungsöfen transportiert werden.

Kritiker: Politik muss sofort eingreifen - Baseler Konvention verletzt

Die Öfen in Dormagen und Leverkusen gehörten dem Bayer-Konzern. Nach Darstellung von Philipp Mimkes von der Coordination gegen Bayer-Gefahren schreibt die Baseler Konvention zur Entsorgung gefährlicher Abfälle „eine erzeu-germahe Entsorgung von Gefahrstoffen“ vor. Diese sei bei einem Transportweg von 16.000 Kilometern in keinsten Weise gegeben. Bayer wolle bei dem Geschäft jedoch drei Millionen Euro einnehmen, so Mimkes. Die Kritiker fordern, dass Politik und Behörden die Pläne für Transport und Verbrennung stoppen. Sollte Hexachlorbenzol hier verbrannt werden, wäre ihres Erachtens „ein giftiges Erbe für kommende Generationen garantiert“. Neben erhöhten Emissionen würden große Mengen hochbelasteter Filterstäube und Schlacken anfallen, die langfristig auf Deponien gelagert werden müssten. (fh) ■

• Weitere Informationen

Coordination gegen Bayer-Gefahren, Postfach 150418, 40081 Düsseldorf
Tel. 0211 / 3339-11, Fax-40
eMail: cbgnetwork@aol.com
www.cbgnetwork.org

20 Prozent weniger Treibhausgase bis 2020

EU-Umweltministerrat verabschiedete Klimaschutzziele - mit Einschränkung

Der Rat der europäischen Umweltminister hat am 20. Februar in Brüssel Klimaschutzziele bis 2020 und ein Verhandlungspaket der EU für ein Klimaschutzabkommen nach 2012 verabschiedet. Danach will sich die EU im Rahmen eines internationalen Klimaschutzabkommens verpflichten, ihre Treibhausgasemissionen im Vergleich zu 1990 bis 2020 um 30 Prozent zu senken - allerdings nur, wenn andere Industriestaaten bei internationalen Verhandlungen für die Zeit nach Auslaufen des Kyoto-Protokolls 2012 ähnliche Reduktionsziele festschreiben. Andernfalls will die EU ihr Ziel allein verfolgen und mindestens 20 Prozent weniger Treibhausgase ausstoßen.

Weinzierl: EU ist moralisch verpflichtet Emissionen drastisch zu senken

Vor der Sitzung des Umweltministerrats hatten der DNR und zahlreiche weitere Umweltverbände gefordert, eine Senkung der Treibhausgase um 30 Prozent bis 2020 verbindlich festzuschreiben. DNR-Präsident Hubert Weinzierl bezeichnete die Bindung dieses Klimaziels an ein globales Abkommen als „unsinnig“. Die EU trage „eine große Mitschuld am Klimawandel“. Deshalb habe sie die moralische Verantwortung, ihre Emissionen schnell und drastisch zu reduzieren, sagte Weinzierl.

Erneuerbare Energien: Anteil von 20 Prozent bis 2020 nicht verbindlich

Für die erneuerbaren Energien sicherten die EU-Energieminister der EU zu, den Fahrplan der EU-Kommission zu unterstützen. Danach sollen die erneuerbaren Energien bis 2020 einen Anteil von 20 Prozent am Energiemix der EU erreichen. Der Anteil von Biokraftstoffen bei Benzin und Diesel soll in der EU auf 10 Prozent ab 2020 verbindlich festgelegt werden. Zur Steigerung der Energieeffizienz heißt es lediglich, man wolle sich darum bemühen diese zu steigern. Der Energieministerrat beschloss außerdem, dass die EU-Kommission zum Frühjahrsgipfel 2008 einen „Strategischen Energietechnologieplan“ vorlegen soll. Hier geht es um neue Kraftwerkstechnologien wie z. B. die mögliche CO₂-Abscheidung und CO₂-Lagerung bei Kohlekraftwerken.

Die von den Umweltministern beschlossenen Klimaschutzziele wurden den Staats- und Regierungschefs zur endgültigen Billigung auf dem Europäischen Rats-Gipfel am 8. und 9. März vorgelegt. Im Laufe des Jahres soll ein formaler Gesetzgebungsvorschlag folgen.

Bundesumweltminister Sigmar Gabriel sagte nach der Sitzung, der Beschluss sei ein klares Signal an die Wirtschaft, dass der europäische Emissionshandel nach 2012 weitergeführt werde. Die Unternehmen sollten weiter in energiesparende und effiziente Technologien investieren. Die Industriestaaten trügen eine besondere Verantwortung beim Klimaschutz und müssten daher auch nach 2012 „Vorreiter“ bleiben.

BUND: Energieverbrauch muss um ein Fünftel reduziert werden

Aus Sicht des BUND haben die Energieminister in dem vorliegenden Energiepaket die Ausbauziele für erneuerbare Energien „abgeschwächt“. Die Kommission habe allen Mitgliedsstaaten „verbindlich vorgeben“ wollen, 2020 ein Fünftel ihres Energiebedarfs aus regenerativen Quellen zu erzeugen. Nun ersetze eine „unverbindliche Absichtserklärung“ diese Vorgabe. Bundeswirtschaftsminister Michael Glos habe in seiner Rolle als EU-Ratsvorsitzender der Wirtschafts- und Energieminister versagt, kritisierte der Umweltverband. Wenn die EU Vorreiterin beim Klimaschutz sein wolle, müsse sie bis 2020 ihren Energieverbrauch verbindlich um mindestens zwanzig Prozent reduzieren. (mbu) ■ ▼

• Weitere Informationen

Bundesumweltministerium (BMU), Alexanderplatz 6, 10178 Berlin
Tel. 01888 / 305-2010, Fax -2016
eMail: presse@bmu.bund.de
www.bmu.de

BUND, Energiereferent Thorben Becker, Am Köllnischen Park 1, 10179 Berlin
Tel. 030 / 275864-421, Fax -440
eMail: thorben.becker@bund.net
www.bund.net

Berlin kommt Brüssel beim Emissionshandel entgegen

Höchstens 453 Millionen Tonnen CO₂-Ausstoß bis 2012

Die Bundesregierung ist im Februar teilweise den Vorgaben der EU-Kommission beim Emissionshandel entgegen gekommen. Für den Zeitraum 2008 bis 2012 soll in den nächsten Wochen ein neuer Nationaler Allokationsplan aufgestellt werden, der die „Verschmutzungsrechte“ für die Sektoren regelt, die sehr viele klimaschädliche Treibhausgase ausstoßen.

Zwischen Berlin und Brüssel hatte es Streit um die Obergrenzen für die CO₂-Emissionen gegeben. Die EU-Kommission setzte die erlaubte Höchstmenge des deutschen Kohlendioxid-Ausstoßes auf 453 Millionen Tonnen fest, Deutschland bestand auf der Obergrenze von 465 Millionen Tonnen. Das Bundesumweltministerium (BMU) wollte zur Berechnung des deutschen Emissionsbudgets andere Daten zugrunde legen als sie für die übrigen EU-Mitgliedstaaten gelten. Obwohl das BMU die Datengrundlage der Kommission nach wie vor für problematisch hält, akzeptiert es nun die Vorgabe der EU-Kommission. Auch eine Klage Berlins vor dem Europäischen Gerichtshof ist vom Tisch.

UBA: Deutschland hat Vorreiterrolle im Klimaschutz verloren

Nicht nur aus Brüssel, auch aus Dessau kam Kritik an der deutschen Klimapolitik. Der Präsident des Umweltbundesamtes (UBA) Andreas Troge betonte ebenso wie EU-Umweltkommissar Stavros Dimas, dass Deutschland kein Vorreiter beim Klimaschutz sei. Vielmehr verharteten die Treibhausgasemissionen in der Bundesrepublik seit einigen Jahren auf demselben Niveau. (mbu) ■ ▼

• Weitere Informationen

Bundesumweltministerium (BMU), Alexanderplatz 6, 10178 Berlin
Tel. 01888 / 305-2010, Fax -2016
eMail: presse@bmu.bund.de
www.bmu.de

Umweltbundesamt (UBA), Wörlitzer Platz 1, 06844 Dessau/Anhalt
Tel. 0340 / 2103-0, Fax
eMail: pressestelle@uba.de
www.umweltbundesamt.de

Klimaforscher sagen 4,5 Grad Erderwärmung voraus

IPCC: Drastischer Temperaturanstieg wird Küstenregionen überfluten

Wissenschaftler des Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC) haben in ihrem jüngsten Bericht (4. UN-Bericht) prognostiziert, das globale Klima werde sich bis Ende des Jahrhunderts um 4,5 Grad oder mehr erwärmen. Die Folgen wären u. a. ein weiteres Abschmelzen der Gletscher in den Alpen und in den Polargebieten. Der mögliche Anstieg des Meeresspiegels von einem halben Meter und mehr wäre eine ernste Bedrohung für küstennahe Regionen und Städte. Auf Deutschland würden immense Kosten für die Flutvorsorge zukommen. Unter Klimaexperten gilt höchstens eine Erwärmung von zwei Grad als noch beherrschbar.

Für den BUND sind die bisher bekannten Fakten aus dem IPCC-Bericht ein „Weckruf an die Welt“. Der Umweltverband fordert von der Weltgemeinschaft schnelles und entschlossenes Handeln, um die Erderwärmung zu bremsen. Die Europäische Union müsse dabei eine Führungsrolle übernehmen und sich das verbindliche Ziel setzen, ihre Klimagasemissionen bis 2020 um 30 Prozent zu senken. Für Deutschland bedeute dies die Reduzierung um 40 Prozent im Vergleich zu 1990. Außerdem müssten die USA und Schwellenländer wie China und Indien beim Klimaschutz mitmachen.

Weniger Energieverschwendung und weniger Treibhausgase schützen Klima

An die großen deutschen Energieunternehmen appellierte der BUND, eine aktive Klimaschutzpolitik nicht mehr zu blockieren. Dies bedeute, auf den Bau neuer klimaschädlicher Kohlekraftwerke zu verzichten und die Stromnetze für alternative Anbieter zu öffnen. Die Elektroindustrie müsse sparsamere Geräte herstellen und die Autokonzerne Sprit fressende Fahrzeuge vom Markt nehmen. (mbu) ■ ▼

● Weitere Informationen

BUND, Matthias Seiche, Leiter Klimakampagne, Berlin
Tel. 030 / 275864-433
eMail: matthias.seiche@bund.net
www.bund.net

IPCC-Bericht:
www.ipcc.ch

Gewerkschafter gegen Klimaschutzpolitik

Ver.di demonstriert gegen „unfaire“ Auflagen beim Emissionshandel

Rund 25.000 Beschäftigte der Energiewirtschaft haben Anfang Februar in Berlin für den Erhalt ihrer Arbeitsplätze demonstriert. Eingeladen hatte die Dienstleistungsgewerkschaft ver.di, um gegen die deutsche Bundesnetzagentur und die Klimaschutzpolitik der EU-Kommission mobil zu machen. „Wir sind gegen eine Regulierung, die ausschließlich auf Kostensenkung aus ist“, kritisierte der ver.di-Vorsitzende Frank Bsirske auf der Kundgebung.

Festhalten an der Braunkohle

Der Gewerkschaftsvorsitzende forderte, heimischen Energieträgern den Vorzug zu geben. Dazu gehöre die Braunkohle zur Bereitstellung der Grundstromversorgung ebenso wie das Erdgas zur Abdeckung der Mittellasten. Auch sollten die Potenziale der Wärmekopplung ausgebaut und der Anteil erneuerbarer Energien erhöht werden. Die EU-Kommission hingegen will die klimaschädliche Braunkohle zurückdrängen und eine Entflechtung der Stromkonzerne erreichen.

Bsirskes energiepolitische Forderungen erregen Befremden

In der Gewerkschaft selbst werden Stimmen gegen die Positionierung des Vorsitzenden laut: „Die Argumentation ist nicht nur falsch, sie ist auch gefährlich“, schrieben Mitglieder aus Umwelt- und entwicklungspolitischen Verbänden in einem Protestbrief an Bsirske. Sie betonten, Bsirskes Haltung widerspreche auch übergreifenden Beschlüssen der Gewerkschaften. So fordere der Europäische Gewerkschaftsbund feste Treibhausgas-Reduktionsziele für die Zeit nach 2012. Der CO₂-Ausstoß solle bis 2020 um 25 und bis 2050 um 75 Prozent verringert werden. Das liege nicht weit unter den Vorstellungen von Klimawissenschaftlern, die ein Minus von 30 bzw. 80 Prozent für nötig halten. (mt) ■ ▼

● Weitere Informationen

DNR, EU-Koordination, Markus Steigenberger, Prenzlauer Allee 230, 10405 Berlin
Tel. 030 / 443391-81, Fax -80
eMail: markus.steigenberger@dnr.de
www.soerenjanssen.de/klimaschutz

Kurzmeldungen

Europäische und Deutsche Solarpreise: Bis 31.7. Vorschläge einreichen

► Seit 1994 verleiht Eurosolar die Europäischen und Deutschen Solarpreise an Initiativen zur Nutzung Erneuerbarer Energien. Bis zum 31. Juli nimmt der europäische Verband für Erneuerbare Energien wieder Bewerbungen und Vorschläge für Projekte und Personen entgegen. Im Mittelpunkt stehen dabei herausragende innovative und kreative Leistungen für die Verbreitung Erneuerbarer Energien. Die Preisvergabe erfolgt in zwei Stufen: Die nationalen Solarpreise werden von den Eurosolar-Sektionen der jeweiligen Länder ausgeschrieben. Aus den Personen und Projekten, die auf nationaler Ebene prämiert werden, wählt dann eine europäische Jury die Preisträger der Europäischen Solarpreise aus. (mbu)

● Eurosolar, Tel. 0228 / 362373, info@eurosolar.org, www.eurosolar.org



Umweltgesetzbuch soll anspruchsvoller werden

Experten kritisieren geplante Vereinfachung des Umweltrechts

Die Deutsche Umwelthilfe (DUH), das Öko-Institut und das Unabhängige Institut für Umweltfragen (UfU) haben Ende Februar die Planungen der Bundesregierung für ein vereinfachtes Umweltrecht kritisiert. Vereinfachung dürfe erreichte Standards nicht in Frage stellen und müsse darüber hinaus umweltpolitischen Mehrwert schaffen, so das gemeinsame Positionspapier, das in Berlin von Experten und Expertinnen der drei Institutionen vorgestellt wurde. „Wir wollen dazu beitragen, dass sich die Politik den ökologischen und gesellschaftlichen Herausforderungen stellt und Deutschland wieder eine Vorreiterrolle im Umweltschutz einnimmt“, erläuterte Regine Barth, Umweltrechtsexpertin am Öko-Institut, die Ankündigung, den Vorbereitungsprozess für das einheitliche Umweltgesetzbuch (UGB) kontinuierlich mit fachlichen Stellungnahmen, Workshops und einem Kongress im Herbst zu begleiten.

„Anspruchsvolle Umweltstandards sind ein Standortvorteil“

Deutschland habe jahrelang den globalen umweltpolitischen Fortschritt vorangetrieben und profitiere davon heute etwa durch seine Spitzenreiterposition im Bereich der Erneuerbaren Energien und anderer Umwelttechnologien. Allerdings finde sich Deutschland inzwischen immer häufiger in der Bremsenrolle wieder. Ein modernes UGB könne in dieser Phase eine Trendwende einläuten, so das Positionspapier. DUH-Rechtsexpertin Cornelia Ziehm rief die Verantwortlichen zu einem grundlegenden Umdenken auf: „Wir befinden uns am Beginn einer neuen Zeitrechnung, in der nachhaltiges Wirtschaften zur Überlebensfrage wird. Gerade jetzt müssen anspruchsvolle Standards und Innovationen in der Umweltpolitik als Chance und Standortvorteil begriffen werden.“ (fh) ■ ▼

• Weitere Informationen

Deutsche Umwelthilfe (DUH), Berlin, Tel. 030 / 2589860, www.duh.de

UfU e.V., Berlin
Tel. 030 / 42849930, www.ufu.de

Öko-Institut Freiburg
Tel. 0761-452950, www.oeko.de

Kurzmeldungen

Sachverständigenrat fordert Ende der Streichungen bei Umweltverwaltungen

Der Sachverständigenrat für Umweltfragen (SRU) hat Ende Februar in seinem neuen Sondergutachten „Umweltverwaltungen unter Reformdruck“ mehr Geld und Personal gefordert. Das Gremium, das die Bundesregierung berät, warnte, dass die Zuständigen in den Behörden „an den Grenzen der Leistungsfähigkeit“ seien. Hintergrund dafür sei, dass die Umweltausgaben von Bund, Ländern und Gemeinden in den letzten Jahren stark gesunken seien. So habe der Bund 2003 45 Prozent weniger Geld zur Verfügung gestellt als noch gut zehn Jahre zuvor. Die Länder hätten die Mittel zwischen 1996 und 2001 um 18 Prozent verringert. Auch in den Kommunen mache der Anteil der Umwelt- und Naturschutzausgaben nur noch 0,3 Prozent aller staatlichen Ausgaben aus. Die Folge, so der SRU-Vorsitzende Hans Joachim Koch, sei „ein deutlicher Abbau sogar im Vollzug des Bundesumweltrechts“. (fh)

● Sachverständigenrat für Umweltfragen (SRU), Berlin, Tel. 030/2636960, www.umweltrat.de

Umwelt-Staatssekretär fordert grundlegenden Politikwechsel

Umwelt-Staatssekretär Michael Müller hat die Klimaschutz-Diskussion in Deutschland als zu oberflächlich kritisiert. Es müsse auch die „Systemfrage“ gestellt werden, forderte der SPD-Politiker in einem Interview mit der „tageszeitung“ (taz) Mitte Februar. Die derzeitige Kultur einer „permanenten Gegenwart“ und die Aufspaltung der Lebenswelt in abgeschlossene Teilwelten verhinderten wirkliche Lösungen für das Klimaproblem, weil nicht aus der Vergangenheit für die Zukunft gelernt werden könne. So komme es zu Debatten über die Rettung der alten Konzepte, die nur tiefer in die Sackgasse führten. Als Beispiel nannte Müller die Idee der „CO₂-freien“ Kohlekraftwerke. Die Energieversorgung müsse stattdessen verbrauchsnahe, flexibel und möglichst dezentral sowie unter dem Gesichtspunkt der Vermeidung organisiert werden. Dazu forderte der Staatssekretär, die Klimafrage als „zentrale Legitimation des Handelns“ in Wirtschaft, Forschung, Kultur und Politik zu verankern, ähnlich wie dies vor einhundert Jahren mit der sozialen Frage geschehen sei. Das 21. Jahrhundert, so Müller, werde entweder ein Jahrhundert der

Gewalt oder ein Jahrhundert der Nachhaltigkeit. „Nachhaltigkeit ist leider zu einem Plastikwort verkommen. Dabei ist Nachhaltigkeit eine Revolution.“ (mb)

● BMU, Bonn/Berlin, Tel. 01888 / 3052010, www.bmu.de

Interview:

www.taz.de/pt/2007/02/20/a0161.1/text

Wettbewerb „natürlich regional!“: Bis 31.3. bewerben

► Zum vierten Mal schreibt der Deutsche Verband für Landschaftspflege (DVL) in diesem Jahr den Wettbewerb „natürlich regional!“ für innovative Regionalinitiativen aus. Fünf Teilnehmer/innen können ein Preisgeld im Gesamtwert von 6.000 Euro gewinnen. Die Auszeichnung als anerkannte Regionalinitiative erhalten alle teilnehmenden und im Sinne des Wettbewerbs arbeitenden Initiativen. Der DVL-Vorsitzende Josef Göppel betonte, eine Teilnahme lohne auf jeden Fall, da die Regionalinitiativen schon mit einer einfachen Anerkennung die Möglichkeit erhielten, überregionale Medienaufmerksamkeit zu erlangen und vor Ort für sich zu werben. Die Bewerbungsunterlagen können die Initiativen beim DVL anfordern oder unter www.reginet.de herunterladen. Einsendeschluss für die vollständigen Wettbewerbsunterlagen ist der 31. März (Posteingang). (mt)

● DVL, Feuchtwanger Str. 38, 91522 Ansbach, Tel. 0981 / 46533540, www.lpv.de, www.reginet.de

Kostenlose DVDs und Vorführungen des Klima-Films von Al Gore

► In Kooperation mit einer Reihe von Sponsoren stellt das Bundesumweltministerium (BMU) bis zu 6.000 interessierten deutschen Schulen je eine kostenlose DVD mit dem Dokumentarfilm „Eine unbequeme Wahrheit“ (DRB 10/06, S. 14) von Al Gore zur Verfügung. Der Film wurde mit zwei Oscars ausgezeichnet. Die Vergabe der DVDs für Schulen ab Klasse fünf erfolgt auf Antrag über ein im Internet verfügbares Faxformular. Zusätzlich erhalten die Schulen die Unterrichtsmaterialien des Ministeriums zu den Themen Klimaschutz und Klimapolitik. - Ergänzend finden am 18. März in 26 deutschen Städten „Bildungsmatineen“ statt, bei denen Lehrerinnen und Lehrer den Film kostenlos sehen und umfangreiches Material für den Unterricht erhalten können. (mt) www.bmu.de/bildungsservice/doc/38671

■

Lesenswert

Leitfaden für naturverträgliche Regionaleentwicklung

Der „Leitfaden für eine naturverträgliche Regionaleentwicklung“ bietet Hilfestellung weniger durch fertige Antworten als vielmehr durch Schlüsselfragen, Beispiele und die Darstellung von Vor- und Nachteilen bestimmter Wege, die beschränkt werden können. Das Anliegen der Projektpartner deckt sich mit den langjährigen Anstrengungen des Deutschen Verbandes für Landschaftspflege (DVL), Regionalinitiativen zu vernetzen und gute Beispiele weiter zu verbreiten. Im Internet erfüllt die Datenbank „Reginet“ diese Funktion. Der Leitfaden ergänzt nun das Reginet. Außerdem sollen durch beide Initiativen all jene unterstützt werden, die regionale und umweltverträgliche Produkte vermarkten. (mt)

DVL (Hrsg.): Landschaft vermarkten - Leitfaden für eine naturverträgliche Regionaleentwicklung, 2007; 5,- Euro; Bezug: bestellung@lpv.de, www.reginet.de

Film: „Neuland“ - Experimente für anderes Leben und Arbeiten

Daniel Kunle und Holger Lauinger, die Macher der Dokumentation Neuland, haben sich die Frage gestellt, ob aus dem „Schattenreich der Globalisierung“ nicht auch ein „Neuland“ für Experimente, Lebens- und Arbeitsweisen „jenseits bzw. parallel der aktuellen Vergesellschaftung entstehen kann“. Eingebettet in einen Reisebericht werden Menschen und Orte in Ostdeutschland vorgestellt, die mit den Problemen der Arbeitslosigkeit, Verschuldung von Kommunen und Schrumpfung von Regionen umgehen müssen und neue Wege finden. Der Film wird ab März in Kinos in Berlin, Dresden und weiteren Orten gezeigt. Die Dokumentation kann für Veranstaltungen entliehen werden. (fh)

Daniel Kunle, Holger Lauinger: Neuland, Deutschland 2007, 74 min
eMail: holger.lauinger@web.de
www.neuland-denken.de



Natur des Jahres 2007

Baum: Waldkiefer

Die Waldkiefer ist der Baum des Jahres. Mit der Wahl werde „eine bescheidene Schönheit mit zähem Überlebenswillen gewürdigt“, teilte das Kuratorium Baum des Jahres mit. Die Waldkiefer werde selbst mit widrigsten Bedingungen fertig und komme gut mit Trockenheit zurecht, begründete das Gremium seine Kür.

Wildtier: Elch

Mit dem Elch wählte die Schutzgemeinschaft Deutsches Wild nach dem Wolf und dem Braunbären abermals eine Art zum Wildtier des Jahres, die auf natürlichem Wege in ihre deutsche Heimat zurückkehrt. Nachdem der Elch seit Kriegsende aus den hiesigen Wäldern verschwunden war, ist er nun wieder in Brandenburg und Bayern anzutreffen.

Schmetterling: Landkärtchen

Das Landkärtchen wurde vom BUND NRW zum „Schmetterling des Jahres 2007“ gewählt. Seinen Name hat er von den stark geäderten Flügelunterseiten. Landkärtchen stehen in Deutschland zwar nicht auf der Roten Liste bedrohter Arten, treten aber in der Regel auch nicht besonders häufig auf. 2007 wird das Landkärtchen aber gut zu beobachten sein, denn aufgrund des warmen Wetters gab es 2006 außergewöhnlich viele Exemplare.

Froschlurch: Knoblauchkröte

Mit der Wahl zum „Froschlurch des Jahres 2007“ macht die Deutsche Gesellschaft für Herpetologie und Terrarienkunde (DGHT) auf die zunehmende Bedrohung der Knoblauchkröte aufmerksam. Den größten Teil des Jahres ist sie nachtaktiv und tagsüber im Erdboden vergraben. Sie steht auf der bundesweiten Roten Liste in der Kategorie „stark gefährdet“. Zu den Gefährdungsfaktoren gehören unter anderem Verlust oder Entwertung von Laichgewässern durch Verfüllen und Trockenlegung.

Fisch: Schleie

Der Verband Deutscher Sportfischer (VDSF) und das Österreichische Kuratorium für Fischerei und Gewässerschutz (ÖKF) haben die Schleie gemeinsam zum Fisch des Jahres gewählt. Sie ist im größten Teil Europas verbreitet. In den meisten Bundesländern wird sie als nicht gefährdet eingestuft, in einigen als potenziell gefährdet.

Spinne: Wolfspinne

Spinnenexperten aus 21 Ländern haben die Sand-Wolfspinne zur Europäischen Spinne des Jahres 2007 gekürt. Mit knapp zwei Zentimetern Körperlänge ist die auch als Flussufer-Riesenwolfspinne oder Sandtarantel bezeichnete Art eine der größten einheimischen Spinnen. Die Art ist inzwischen selten geworden, da ihre Lebensräume durch die fast flächendeckenden Regulierungsmaßnahmen der Fließgewässer stark zurückgegangen sind. In weiten Teilen Deutschlands ist sie bereits ausgestorben.

Moos: Polster-Kissenmoos

Die Bryologisch-lichenologische Arbeitsgemeinschaft für Mitteleuropa (BLAM) hat das Polster-Kissenmoos zum „Moos des Jahres 2007“ gekürt. Mit der Wahl soll auf bemooste Gemäuer als schützenswerten Lebensraum aufmerksam gemacht werden, da dieser im Zuge von Reinigungsaktionen oft großflächig zerstört wird.

Wasserpflanze: Großes Nixenkraut

Der Förderkreis Sporttauchen hat das Große Nixenkraut zur Wasserpflanze des Jahres gewählt. Es wächst in bis drei Meter tiefem Wasser und wird etwa einen Meter lang. Anders als die drei übrigen, meist sehr seltenen heimischen Nixenkrautarten gilt das Große Nixenkraut als relativ nährstoffliebend. Vom Oberrhein aus hat es in den letzten Jahrzehnten zahlreiche Baggerseen als Sekundärstandorte erobert.

Giftpflanze: Roter Fingerhut

Der Rote Fingerhut ist die Giftpflanze des Jahres 2007. Dies ergab eine Online-Abstimmung des Botanischen Sondergartens Wandsbek. Der Fingerhut gehört zu den besonders giftigen heimischen Pflanzen. Fingerhut-Extrakte werden aber auch erfolgreich zur Herzmuskel-Stärkung eingesetzt.

Heilpflanze: Duftveilchen

Der Naturheilverein Theophrastus hat das Duftveilchen zur Heilpflanze des Jahres 2007 gewählt. Die blaue Blume wirkt gegen Erkrankungen der Atemwege, Hautbeschwerden und Rheumatismus.

Arzneipflanze: Hopfen

Der Studienkreis Entwicklungsgeschichte der Arzneipflanzenkunde hat den Hopfen zur Arzneipflanze des Jahres 2007 gewählt. Dessen Extrakte bilden in Kombination mit der Baldrianwurzel die häufigste

Darreichungsform pflanzlicher Schlaf- und Beruhigungsmittel.

Gefährdetes Nutztier:

Murnau-Werdenfeller Rind

Das Murnau-Werdenfeller Rind, eine der ältesten Haustierrassen der Welt, wurde zur „Gefährdeten Nutztierasse des Jahres 2007“ gekürt. Die Murnau-Werdenfeller sind so genannte Dreinutzungsrinder, die sowohl auf Milchleistung und Fleischqualität wie auch auf Zügelspannung im Arbeitsgespann hin gezüchtet wurden. Ihre Milch enthält außergewöhnlich viele verschiedene Proteine und gilt als besonders gut für die Käseherstellung geeignet.

Landschaft: Donaudelta

Das Donaudelta ist nach dem Wolgadelta das zweitgrößte Flussdelta Europas. Hier leben nicht nur zahlreiche Süßwasserfische, sondern auch über 300 Vogelarten. Mit der Wahl des Donaudeltas zur Landschaft des Jahres 2007 strebt die NaturFreunde Internationale (NFI) unter anderem an, die Bekanntheit dieser Landschaft zu fördern.

Flusslandschaft: Schwarza

Die Flusslandschaft des Jahres, die alle zwei Jahre von den NaturFreunden und dem Anglerverband ausgerufen wird, ist 2006/2007 die Schwarza. Sie fließt in Ostthüringen, ist einer der wichtigsten Nebenflüsse der Saale und zieht jährlich tausende Erholungssuchende, Wanderer und Angler an.

Turmfalke ist der Vogel des Jahres, Bach-Nelkenwurz die Blume des Jahres

NABU und LBV haben den Turmfalke zum „Vogel des Jahres 2007“ ausgewählt. Die Bach-Nelkenwurz ist zur „Blume des Jahres 2007“ durch die Stiftung Naturschutz Hamburg gekürt worden (siehe DRB 11.06, S. 22). (fh) ■

• Weitere Informationen

Naturschutzbund (NABU), Herbert-Rabius-Str. 26, 53225 Bonn
Tel. 0228 / 4036-0, Fax -200
eMail: nabu@nabu.de
www.nabu.de/m05/m05_10

Faltblatt: „Natur des Jahres 2007“, 0,20 Euro, Hrsg./Bezug: Schutzgemeinschaft Deutscher Wald, Bonn, Tel. 0228 / 94598-30, Fax -33, eMail: info@sdw.de, www.sdw.de

Streit um Nationalpark Bayerischer Wald

Borkenkäfer-Befall: Politiker wollen Schutzzonen-Erweiterung verzögern

Der Beschluss zur Ausweitung von Naturzonen im Bayerischen Wald Ende Januar hat für Streit um den Nationalpark gesorgt. Der Bayerische Wald hat seinen internationalen Status, weil 75 Prozent seiner Fläche für Eingriffe tabu sein sollen. Auch der Borkenkäfer darf nicht bekämpft werden. Dieser hat jedoch den Baumbestand des Waldes massiv befallen. Helmut Brunner (CSU), der Vorsitzende des Agrarausschusses im Bayerischen Landtag, will deshalb die Erweiterung der Naturzonen, in denen jeder menschliche Eingriff verboten ist, verzögern. Einem Antrag Brunners zufolge soll die Umwandlungsfrist nun bis 2030 gestreckt werden. Außerdem fordert er „behutsame Ausweisungen im Einvernehmen mit den betroffenen Gemeinden“.

75 Prozent eines Nationalparks müssen aus Naturzonen bestehen

Der Leiter der Nationalparkverwaltung Karl Friedrich Sinner sieht dadurch die internationale Anerkennung des Schutzgebietes in Gefahr. Unterstützt wird Sinner von einer Bürgerbewegung, die bereits seit Jahren gegen die Erweiterung des Parks kämpft. Der Schädlingsbefall sei kein Problem für die Natur, sondern allenfalls für das ästhetische Empfinden der Besucher. Nach Sinners Einschätzung wird die IUCN (International Union for the Conservation of Nature und Natural Resources), die für die internationale Anerkennung eines Nationalparks zuständig ist, die Fristverlängerung nicht akzeptieren. Der DNR-Präsident und Ehrenvorsitzende des Nationalparks Hubert Weinzierl hat inzwischen ein „Machtwort der Staatsregierung“ gefordert. Der Landrat und Sprecher des Nationalparkausschusses Heinz Wöflfl (CSU) sieht dagegen keinen Anlass zur Kritik: Brunners Antrag weiche kaum vom Umwandlungsbeschluss ab. (fh) ■

• Weitere Informationen

Nationalparkverwaltung Bayerischer Wald, Karl-Friedrich Sinner, Freyunger Straße 2, 94481 Grafenau
Tel. 08552 / 9600-0, Fax -100
eMail: poststelle@npv-bw.bayern.de
www.nationalpark-bayerischer-wald.de

Umweltschützer stellen ersten Bundeswildwegeplan vor

Autobahnen und Siedlungen sollen Lebensraum nicht länger zerschneiden

Bis zum Jahr 2020 sollen bundesweit 125 begrünte Brücken entstehen. Einen entsprechenden Vorschlag für einen Bundeswildwegeplan hat der Naturschutzbund (NABU) Mitte Februar gemacht. Voraussetzung sei, dass der Bund jedes Jahr 30 Millionen Euro zahle. „Autobahnen, Lärmschutzwände, ICE-Trassen und Wildschutzzäune entlang der Autobahnen trennen Artgenossen voneinander“, sagte NABU-Experte Jörg-Andreas Krüger. Fänden die Tiere aber keine Partner, um sich fortzupflanzen, sei der Bestand bedroht. Vor allem dort, wo bereits vorhandene Verkehrswege Wanderwege von Wildtieren zerschneiden, sollten diese durch Anlage von Grünbrücken nachträglich wieder geöffnet werden. Nur so könne man zukünftig den notwendigen genetischen Austausch zwischen isolierten Vorkommen, wie etwa bei der Wildkatze, und somit deren Fortbestand gewährleisten.

Der NABU fordert drei durchgängige Wildwege von Nord nach Süd und von West nach Ost zu öffnen. Nach Ansicht des federführenden NABU-Landesverbandes Nordrhein-Westfalen müssen beim Straßenbau Querungshilfen wie Grünbrücken oder Kleintiertunnel so selbstverständlich werden wie Standstreifen.

Laut Bundeswildwegeplan sechs Handlungspunkte allein für NRW

Konfliktpunkte zwischen Verkehr und Wildweg von landesweiter Bedeutung gibt es laut NABU NRW an der A3 zwischen Wahner Heide und Kottenforst sowie bei Emmerich. An letztgenannter Stelle würde eine Grünbrücke einen internationalen Fernwanderweg des Rothirschs vom niederländischen Hooze Veluwe über den Reichswald bis in die Eifel und nach Belgien öffnen. Gleichzeitig gelte es, so der Verband, auch bei der Frage von Aus- und Neubauvorhaben von Straßen die Belange der wandernden Wildarten stärker zu berücksichtigen. (mt) ■

• Weitere Informationen

NABU NRW, Jörg-Andreas Krüger, Merowingerstr. 88, 40225 Düsseldorf-Bilk
Tel. 0211 / 159251-0, Fax -15
eMail: info@nabu-nrw.de
www.nabu-nrw.de

Experten berieten über Umgang mit Raubtieren

Risiken sollen nicht verschwiegen werden

Das Bundesumweltministerium (BMU) hat zu einem verantwortungsvollen Umgang mit Raubtieren aufgerufen, damit für Probleme, die sich möglicherweise aus der Nachbarschaft von Mensch und Tier ergeben, rechtzeitig Lösungen vorbereitet werden können. Das BMU hatte im Februar rund 250 Naturschützer, Wissenschaftler, Bundes- und Landesbedienstete sowie Betroffene zu einer Fachtagung eingeladen.

Wolfsmanagement in Sachsen soll als Vorbild dienen

Der Wildtierexperte John Linnell vom Norwegischen Institut für Naturforschung forderte auf der Tagung, der Bevölkerung fundiertes Wissen über die Lebensweise der Tiere zu vermitteln und dabei auch Risiken nicht zu verschweigen. Nur so könne Akzeptanz etwa gegenüber Wölfen erreicht werden. Als Vorbild soll nach BMU-Vorstellungen Sachsen dienen, wo sich in Grenznähe zu Brandenburg eine kleine Wolfspopulation etabliert hat. Abgestimmte Managementpläne zwischen den Ländern sollen diesen Prozess so konfliktarm wie möglich verlaufen lassen.

Jägerschaft im Urteil gespalten

Die Jägerschaft zeigt sich beim Thema gespalten. Zwar sprach sich der Präsident des Landesjagdverbandes Brandenburg, Wolfgang Bethe, im Namen seiner Zunft ausdrücklich für die Heimkehrer aus. Bei einer 2005 unter den Jägern der Lausitzer Wolfsregion durchgeführten Umfrage sprachen sich allerdings 43 Prozent der Befragten gegen die Wölfe aus. Ilka Reinhardt vom Wildbiologischen Institut Lupus legte auf der Tagung dar, dass Jäger der Region den eigentlichen Konfliktpunkt bilden, während die Schäfer, die auch potenziell betroffen sind, sich trotzdem sehr kooperativ zeigten. (fh) ■

• Weitere Informationen

Wildbiologisches Büro Lupus, Ilka Reinhardt, Spreewitz (Brandenburg)
Tel. 035727-57762, Fax -579094
eMail: ilkareinhardt@t-online.de

Kurzmeldungen

Naturschutz stoppt Straßenbau

Das Bundesverwaltungsgericht (BVerwG) in Leipzig hat Mitte Januar entschieden, dass der Bau der Bundesautobahn A 143 (Westumfahrung Halle) bis auf weiteres nicht fortgesetzt werden kann, da der Bauabschnitt im Naturpark „Unteres Saaleetal“ zwei FFH-Schutzgebiete beeinträchtigen kann. Das Gericht forderte für die FFH-Verträglichkeitsprüfung die Berücksichtigung der „besten einschlägigen wissenschaftlichen Erkenntnisse zum Schutz von Flora, Fauna und Lebensräumen“. Zweifel gehen zu Lasten des Vorhabens, Alternativen müssen ernsthaft geprüft werden. Das BVerwG bestärkt mit der Entscheidung den hohen Rang des europäischen Naturschutzrechts für Infrastrukturplanungen. (bv)

www.moeller-meinecke.de/?show=sNLd

NABU lädt zur Stunde der Gartenvögel

Vom 11. bis 13. Mai findet zum dritten Mal die vom NABU Baden-Württemberg organisierte bundesweite Stunde der Gartenvögel statt. Daran können alle Interessierten teilnehmen, indem sie an einem selbst gewählten Ort Vögel beobachten und von jeder Art die höchste Anzahl, die sie im Laufe einer Stunde beobachtet haben, notieren. Die Daten, die dabei ermittelt werden, können dann per Internet, Post oder telefonisch beim NABU gemeldet werden. Diese Angaben liefern Wissenschaftlern wichtige Erkenntnisse über das Vorkommen von Vögeln und damit auch über den Zustand der Umwelt. Je mehr Menschen mitmachen, desto genauer werden die Ergebnisse. Letztes Jahr nahmen bundesweit fast 60.000 Menschen teil, wobei der Spatz eindeutig als „Sieger“ ermittelt wurde. Auf der Internetseite zur Aktion gibt es Tipps zur Vogelbestimmung, eine Zählhilfe sowie die Termine der NABU-Gartenvogelführungen. Zudem gibt es über 100 Preise zu gewinnen. (fh)

● NABU Baden-Württemberg, Stuttgart, Tel. 01711 / 9667219

www.stunde-der-gartenvoegel.de



Lesenswert

Urwälder Deutschlands: Renaissance der Wildnis

Urwälder gibt es im heutigen Deutschland nicht mehr. Die Autoren jedoch sind von der Nordsee bis an die Alpen, vom Darß bis in den Schwarzwald gereist, um dem Leser die Nationalparks und Naturwaldreservate nahezubringen, die irgendwann wieder Urwald sein könnten. Jedes der 41 Gebiete ist einer Kategorie wie Buchen- oder Bergmischwäldern zugeordnet und wird detailliert und mit Hilfe von beeindruckenden Bildern beschrieben: wie sich der Wald entwickelt hat und was für Besonderheiten Flora und Fauna zu bieten haben. Hinweise für Besucher und eine Einführung in die Geschichte deutscher Wälder ergänzen das Buch. (fh)

Georg Sperber, Stephan Thierfelder: Urwälder Deutschlands - Renaissance der Wildnis, BLV, 2006, 166 S., 22,90 Euro

Ratgeber „Raubbau-Holz und was Sie dagegen tun müssen“

Die Initiative Pro Regenwald hat einen neuen Ratgeber für den verantwortungsvollen Handel mit Holz und Holzprodukten herausgegeben. Die Broschüre soll Beschäftigte im (Holz-) Handel über die Bedeutung von Wäldern und deren Zustand informieren und erklären, welche Rolle der Handel bei der Zerstörung der Wälder und bei deren Erhalt spielt. Außerdem will der Ratgeber Händler und Verkäufer in die Lage versetzen, jederzeit kompetent Auskunft zu geben sowie kritische Fragen der Kunden beantworten und die richtigen Holzprodukte für die verschiedenen Anwendungszwecke empfehlen zu können. Pro Regenwald ist davon überzeugt, dass die Zukunft der Wälder auch von dem Wissen und vor allem von der Beratung der im Handel Beschäftigten abhängt. (mt)

Raubbau-Holz und was Sie dagegen tun müssen - Ein Ratgeber für den verantwortungsvollen Handel mit Holz und Holzprodukten, München 2007, 24 S.; Hrsg./Bezug: Pro Regenwald, Tel. 089 / 3598650, eMail: info@pro-regenwald.de, www.raubbau.info



Diskussion um CO₂-Steuer für Autos

Bundesregierung bemisst Kfz-Steuer künftig am Schadstoffausstoß

Die Bundesregierung will die Kraftfahrzeugsteuer in Zukunft an den Abgasausstoß koppeln. Wer ein sparsames Auto fährt, soll in Zukunft deutlich weniger zahlen. Bisher ist der Hubraum maßgebend für die Berechnung. Ziel des neuen Steuermodells ist es, die CO₂-Emissionen bis 2012 auf 130 Gramm pro Kilometer zu senken. Einen entsprechenden Gesetzesentwurf - auf EU-Ebene Vorschlag genannt - hatte die Europäische Kommission Mitte Februar veröffentlicht. Derzeit liegt der durchschnittliche CO₂-Ausstoß aller 2006 in Deutschland verkauften Pkw bei etwa 170 Gramm. Die Reaktionen auf das neue deutsche Steuermodell sind unterschiedlich.

„Ergänzende Maßnahmen“ zur Senkung der Emissionsgrenze

Ursprüngliches Ziel von EU-Umweltkommissar Stavros Dimas war ein Grenzwert von 120 g. Damit scheiterte er aber an den deutschen Herstellern und der Bundesregierung. Die bis zu dieser Marke fehlenden 10 Gramm sollen nun durch ergänzende Maßnahmen erreicht werden. Umweltschützer kritisieren hieran besonders, Emissionsreduktion durch Beimischung von Biokraftstoffen erreichen zu wollen. Das sei kein Ersatz für technologische Effizienzsteigerungen.

Vor der Entscheidung war es öffentlich zu einer hektischen Debatte gekommen: Deutsche Politiker warnten vor einer Obergrenze von 120 g/km für alle Fahrzeugtypen. Dies sei für die schweren deutschen Modelle unerreichbar und werde zahlreiche Arbeitsplätze ins Ausland verlagern. Der DNR nannte dies jedoch eine Scheindebatte: Ein solches Vorgehen sei von der Kommission nie gefordert worden. Der Grenzwert sei als Durchschnitt sämtlicher Fahrzeuge zu verstehen.

Mit ihrer Gesetzesinitiative reagierte die EU-Kommission auf das absehbare Scheitern der Selbstverpflichtung der europäischen Autobauer ihre Emissionen bis 2008 auf 140 g/km zu senken. Derzeit liegt der CO₂-Ausstoß bei durchschnittlich 163 g/km. Europaweit emittieren die Autos gut ein Viertel mehr Treibhausgase als 1990.

Verbraucherzentralen fordern klares Verbot von „Spritfressern“

Der Bundesverband der Verbraucherzentralen (vzbv) hält ein klares Verbot von Spritfressern für besser als eine schadstoffbezogene Kfz-Steuer. „Bei Autos sollte es bald eine Kennzeichnung nach ihrem Energieverbrauch geben wie bei Kühlschränken. Ein Verbot für neue „Spritfresser“, die einen nutzenbezogenen Grenzwert überschreiten, und eine progressive Schadstoffsteuer für Neuwagen wären nach Meinung des Verbandes gerechter und effektiver.“

Luxusautos von Plänen der EU-Kommission besonders betroffen

Ein besonderes Problem in Deutschland ist Presseberichten zufolge, dass im vergangenen Jahr 54 Prozent aller neu zugelassenen Fahrzeuge Firmen- und Dienstwagen waren. „Für Unternehmen gibt es unter den vielen steuerlichen Firmenwagen-Privilegien aber keine Anreize, sparsame Autos anzuschaffen“, sagte Helmut Horn vom BUND der „tageszeitung“. Der Umweltverband empfiehlt den deutschen Autobauern, sich Frankreich als Vorbild zu nehmen: „Citroën-Modelle emittieren im Durchschnitt bereits jetzt nur 147 Gramm CO₂ pro Kilometer.“ Damit die neue EU-Politik nicht ihr Ziel verfehlt, forderte Horn europaweite Sanktionen.

Politik diskutiert soziale Auswirkungen

Politiker/innen von Grünen und SPD begrüßten die Steuerpläne von Tiefensee. Dagegen forderte die Linke im Bundestag eine „sozial gerechte Steuerpolitik“. „Menschen mit schmalen Geldbeuteln können sich nur ältere Autos mit höheren Schadstoffausstoß leisten“, erklärte die Abgeordnete Gesine Löttsch. Klima- und Umweltschutz dürften nicht sozial ausgrenzen, sonst verlören sie an Akzeptanz und Breitenwirkung.

Neun EU-Staaten bemessen bereits Kfz-Steuer nach CO₂-Ausstoß

Neun EU-Staaten bemessen ihre Kraftfahrzeugsteuer und Zulassungsgebühren bereits nach Abgasausstoß. Allerdings auf sehr unterschiedliche Art: Länder wie Österreich, die Niederlande und Portugal belohnen die Anschaffung eines schadstoffarmen Autos mit gestaffelten Tarifen für die Erstzulassung. In Dänemark, Schweden und Großbritannien hängt hingegen die jährlich fällige Kraftfahrzeugsteuer von den Schadstoffwerten ab. Belgien, Frankreich und Zypern setzen auf eine Kombi-

nation aus einmal fälliger Anmeldegebühr und jährlicher Steuer.

2010 soll Hälfte der Einnahmen auf CO₂-Komponente beruhen

Die EU-Kommission hatte bereits im Juli 2005 vorgeschlagen, die Kraftfahrzeugsteuer europaweit vom Kohlendioxidausstoß jedes Autos abhängig zu machen. Teilweise soll dies nun auch umgesetzt werden: Im Jahr 2010 soll demnach die Hälfte der Einnahmen auf der CO₂-Komponente beruhen. Die Finanzminister der 27 EU-Staaten werden jetzt unter deutschem Vorsitz weiter über den Kommissionsvorschlag diskutieren. (mt) ■ ▼

Siehe auch den folgenden Beitrag.

• Weitere Informationen

Verkehrsclub Deutschland, Berlin
Tel. 030 / 280351-0, Fax -10
eMail: mail@vcd.org
www.vcd.org

BUND, Tilmann Heuser, Berlin
Tel. 030 / 275864-82, Fax -40
eMail: tilmann.heuser@bund.net
www.bund.net/verkehr

Deutsche Umwelthilfe (DUH), Radolfzell
Tel. 07732 / 9995-0, Fax -77
eMail: info@duh.de
www.duh.de („Projekte“ - „Verkehr“)

Verbraucherzentrale Bundesverband (vzbv), Berlin
Tel. 030 / 25800-0, Fax -518
eMail: info@vzbv.de
www.vzbv.de

Merkel und Köhler kritisieren deutsche Autobauer

Spritspar-Fahrzeuge sollen nicht aus Japan kommen

Bundeskanzlerin Angela Merkel hat nach Informationen der „Passauer Neue Presse“ Ende Februar Kritik an der deutschen Automobilindustrie geübt. Wie die Zeitung erfuhr, beklagte sie im CDU-Präsidium, dass die Autokonzerne wichtige technologische Entwicklungen im Bereich Benzinverbrauch und Schadstoffemissionen versäumt hätten. Auch Bundespräsident Köhler sagte, die Autoindustrie habe „kein Ruhmesblatt“ geschrieben. Sie müsse sich fragen lassen, warum sie Selbstverpflichtungen abgebe „und dann nicht liefert“, kritisierte er in der Zeit.

Tiefensee: Deutsche Autos kritisieren, aber nicht boykottieren

Im Streit um Maßnahmen für mehr Klimaschutz (siehe vorhergehenden Beitrag) haben Politiker von Union und SPD in derselben Zeitung den Vorstoß von Grünen-Fraktionschefin Renate Künast zurückgewiesen, auf japanische Hybrid-Autos umzusteigen. „Ein Verbraucher-Boycott gegen deutsche Autos ist eine billige und populistische Forderung“, sagte Bundesverkehrsminister Wolfgang Tiefensee (SPD). Es sei vernünftig, von der Automobilindustrie wesentlich mehr Engagement beim Umweltschutz zu verlangen, aber Künast „schießt über das Ziel hinaus.“

Beck und Huber: Deutschland ist ein Autoland

Auch SPD-Chef Kurt Beck kritisierte den Künast-Vorstoß. Deutschland sei ein Autoland, dem man mit Kaufempfehlungen für ausländische Wagen keinen Gefallen tue. Bayerns Wirtschaftsminister Erwin Huber (CSU) sagte, gerade die deutschen Autohersteller seien technologisch führend und hätten in den letzten 20 Jahren viel für geringere Schadstoffemissionen und einen effizienten Kraftstoffverbrauch getan. Die Kfz-Industrie sei zu wichtig, als dass man vorschnell auf vermeintlich bessere ausländische Fahrzeuge verweisen sollte. (fh) ■ ▼

• Weitere Informationen

Verkehrsclub Deutschland (VCD), Kochstr. 27, 10969 Berlin
Tel. 030 / 280351-0, Fax -10
eMail: mail@vcd.org
www.vcd.org

Straßenverkehr ist größte Schwermetall-Quelle

Giftiger Abrieb von Bremsen und Reifen verschmutzt Grundwasser

Durch den Straßenverkehr gelangen mehr Schwermetalle in die Umwelt als durch Emissionen der Industrie. Das ist das Ergebnis einer Untersuchung des Fraunhofer-Instituts für System- und Innovationsforschung (ISI). Ursache dafür sei vor allem der Abrieb von Bremsbelägen und Reifen. Obwohl die Konzentration von Schwermetallen in den vergangenen Jahren reduziert werden konnte, zeigten die Untersuchungen des Instituts, dass die empfohlenen Grenzwerte in Böden und Gewässern häufig erheblich überschritten worden sind.

Umweltbundesamt strebt Maßnahmenplan mit Auto- und Bauindustrie an

Allein über den Abrieb von Bremsbelägen und Reifen von Autos gelangen laut ISI 2.078 Tonnen (t) Zink, 932 t Kupfer und 80 t Blei pro Jahr in die Umwelt. Auch die Ausrüstung von Straßen und Autobahnen mit verzinkten Leitplanken oder Schilderbrücken und der Fahrbahnabrieb tragen zur Belastung bei.

„Die Umweltprobleme, die aus den veralteten Bremsbelägen resultieren, waren der Autoindustrie gar nicht bewusst“, sagte Projektleiter Thomas Hillenbrand der Agentur pte. Nach Aussage von Joachim Heidemeier vom Umweltbundesamt (UBA) werden derzeit Gespräche mit verschiedenen Partnern vorbereitet. Dabei soll neben der Autoindustrie auch das Baugewerbe einbezogen werden. Denn auch an Dächern und Fassaden werden bisher Schwermetalle eingesetzt, weil sie länger haltbar sind. Durch Korrosion werden die Metalle abgeschwemmt, versickern mit dem Regen in Böden und fließen in Gewässer. Ziel sei es daher, so Heidemeier, gemeinsame Maßnahmen zur weiteren Senkung der Schwermetallkonzentration in Deutschland zu entwickeln. (mt) ■

• Weitere Informationen

Fraunhofer Institut für System- und Innovationsforschung (ISI), Thomas Hillenbrand, München
Tel. 0721 / 6809-119, Fax -135
eMail: t.hillenbrand@isi.fraunhofer.de
www.isi.fraunhofer.de

Bahn AG verschiebt Streckensanierungen

Fahrgäste müssen mit noch mehr Verspätungen rechnen

Durch das neue Instandhaltungsprogramm des Schienennetzes der Deutschen Bahn „Pro Netz“ drohen Fahrgästen bis Oktober häufige Verspätungen. Das gab die Deutsche Bahn AG Anfang März bekannt. „Pro Netz“ soll nicht nur die Erneuerung der Gleise, sondern auch die Renovierung von Bahnhöfen und bahneigenen Kraftwerken umfassen. Allerdings will das Unternehmen künftig nicht mehr Geld in die Instandhaltung stecken als bisher, sondern das Geld lediglich neu verteilen. Das Bündnis „Bahn für Alle“ sieht das Problem in der fortschreitenden Privatisierung: „Besser kann die DB nur in öffentlicher Hand werden.“

Bundeszuschüsse stark gekürzt

Der Bund hat seine Zuschüsse stark gekürzt. Dadurch fehlt der DB nach eigenen Angaben das Geld für Sanierungen. Auch „Bahn für Alle“ schätzt die vorgesehene Investition als nicht ausreichend ein: Von 2007 bis 2011 seien im Bundeshaushalt nicht einmal 3,5 Milliarden Euro pro Jahr für den Aus- und Neubau verfügbar. Nach Meinung von DB-Vorstandschef Hartmut Mehdorn sind aber 4,5 Milliarden Euro jährlich nötig, um das Schienennetz zukunftsfähig zu machen. Wegen der Finanzkürzungen des Bundes hat die Bahn nun zahlreiche Maßnahmen zur Verbesserung des Schienennetzes aufgeschoben.

Kapazitäten der DB für ansteigende Kundenzahl nicht ausreichend

Ein Beispiel dafür, dass die Kapazitäten der DB für die ansteigende Kundenzahl nicht ausreichend sind, ist eine der wichtigsten Zulaufstrecken in die Schweiz: Zwischen Karlsruhe und Basel fahren heute schon ein Drittel mehr Züge als ursprünglich vorgesehen. Bis 2015 soll der Verkehr dort noch einmal um 20 Prozent steigen. Das Bündnis „Bahn für Alle“ befürchtet, dass die Bahn weitere Nebenstrecken stilllegen wird. (mt) ■ ▼

• Weitere Informationen

Bahn für Alle, Oliver Waltenrath, Frankfurt/M.
Tel. 069 / 900281-40
eMail: info@bahn-fuer-alle.de
www.bahn-fuer-alle.de
Quellen: taz 3.3.2007, SZ 6.3.2007

Kurzmeldungen

2006 fast sieben Prozent mehr Güterverkehr

Die Güterverkehrsleistung ist in Deutschland 2006 um 6,6 Prozent auf 619 Milliarden Tonnenkilometer gestiegen. Das geht aus einer Studie im Auftrag des Bundesverkehrsministeriums hervor. Hintergrund sind das anhaltende Wirtschaftswachstum durch die Aufnahme neuer Mitgliedstaaten in die EU sowie die europäische Güterverkehrspolitik. Der Bund hat vor acht Jahren ein Förderprogramm für die Lärmsanierung aufgelegt. Seitdem flossen jedes Jahr 50 Millionen Euro der Steuergelder für den Schallschutz in dieses Programm. Seit 2007 sind es 100 Millionen. Für Dirk Flege, Geschäftsführer der Allianz pro Schiene, steht fest, dass für die Lärmsanierung eine Verdopplung der Fördermittel nötig ist. (mt)

● Allianz pro Schiene, Berlin, Tel. 030 / 2462599-20, www.allianz-pro-schiene.de
Quellen: FR 14.02.07, ngo-online 15.02.07

Urteil: Anwohner haben 30 Jahre Recht auf Lärmschutz-Nachbesserungen

Das Bundesverwaltungsgericht in Leipzig hat Anfang März beschlossen, dass Anwohner neuer Straßen künftig 30 Jahre lang Nachbesserungen beim Lärmschutz verlangen können, wenn die vorausgesagte Lärmentwicklung deutlich übertroffen wird. Nach der Klage einer Gemeinde und der Anwohner der B 2002 bei Rendsburg setzten die obersten Verwaltungsrichter der überwiegenden Praxis der Straßenbaubehörden und der Instanzgerichte ein Ende, welche die Frist für Nachbesserungen meist auf 10 bis 15 Jahre begrenzte. Diese Beschränkung liege daran, dass zuverlässige Voraussagen darüber hinaus kaum möglich seien. Die gesetzlich festgelegte Frist von 30 Jahren für Nachbesserungen könne dadurch aber nicht ausgehebelt werden, so die Richter. (fh)
Az.: 9 C 2.06

Fehmarnbelt-Querung weiter fraglich: Dänemark soll Hauptrisiko tragen

Beim Bau der geplanten Fehmarnbelt-Querung soll Dänemark das Hauptrisiko für den Bau und Betrieb der 20 Kilometer langen und vier Milliarden Euro teuren Brücke tragen. Auch der Ausbau der Hinterlandtrassen in Schleswig-Holstein soll von Dänemark mitbezahlt und über eine höhere Gesamtmaut refinanziert werden. Das ergab der Belt-Gipfel in Berlin, zu

dem sich im Februar der Bundesverkehrsminister Tiefensee, sein dänischer Amtskollege Flemming Hansen und der Verkehrsminister von Schleswig-Holstein Dietrich Austermann trafen, um über das Projekt zu beraten. Presseberichten zufolge wurde auf dem Gipfel deutlich, dass Berlin sich bei dem seit fast 20 Jahren diskutierten Projekt zurückhält. Der Bund will angeblich höchstens 20 bis 30 Prozent des Belt-Projekts tragen und diesen Anteil überwiegend aus EU-Fördermitteln für die Querung aufbringen. Tiefensee soll zudem klargestellt haben, dass der Bund sich an einer Planungsgesellschaft für die Querung nicht beteiligt. Sie soll, falls es so weit kommt, von Dänemark und Schleswig-Holstein eingerichtet werden. (mt)
Quelle: dpa 21.02.2007

Zusammenhang von Nachtfluglärm und Gesundheitsschäden

Nächtlicher Fluglärm führt dazu, dass die Betroffenen häufiger den Arzt aufsuchen und die Ärzte ihnen mehr Medikamente verschreiben. Das ist das Ergebnis einer im Auftrag des Umweltbundesamtes (UBA) erstellten Studie. 40 Prozent der Gesamtbevölkerung im Umfeld eines nicht genannten deutschen Flughafens mit Nachtflugbetrieb wurden untersucht. Die epidemiologische Studie hat die Epi. Consult GmbH Bremen durchgeführt. Anlass für die Studie waren der Behörde zufolge unter anderem Beobachtungen einer Gruppe von Ärztinnen und Ärzten. In ihren Praxen habe die Zahl der Patientinnen und Patienten zugenommen, die über psychovegetative Störungen wie Herzbeschwerden, Nervosität und Leistungsminde rung klagten. Die Mediziner hätten vermutet, dass diese in ihren Praxen gehäuft auftretenden Befunde sowie Fälle von Bluthochdruck auf den Nachtflugverkehr des Flughafens zurückgehen könnten. Die Ergebnisse stimmen nach Angaben des Umweltbundesamtes (UBA) mit Untersuchungen aus dem Ausland überein. (mt)

● UBA, Dessau, Tel. 0340 / 2103-0, www.uba.de
Studie: Nächtlicher Fluglärm und Arzneimittelverbrauch, Epi.Consult Bremen, www.aefusch.de

DNR gründet Arbeitskreis Tourismus

Der Deutsche Naturschutzring hat im Dezember 2006 einen Arbeitskreis Tourismus gegründet. Näheres siehe Seite 3. (mb)

■

Bilanz nach fünf Jahren Ufernaturierung am Rhein

Fachtagung: Deutschlands größter Fluss soll wiederbelebt werden

Auf der internationalen NABU-Fachtagung „Revitalisierung degradiertes Ufer des Rheins“ in Mainz gingen 180 Teilnehmer der Frage nach, wie sich das Ziel der Umgestaltung einer stark genutzten Wasserstraße zu einem naturnahen Flusslebensraum verwirklichen ließe. Schirmherr der Veranstaltung war Bundesumweltminister Sigmar Gabriel.

Anlass für die Tagung war die beginnende Endphase des NABU-Projektes „Lebendiger Rhein – Fluss der tausend Inseln“. Innerhalb von fünf Jahren hat der Rhein dank 15 Modellprojekten zwischen Iffezheim in Baden-Württemberg und der niederländischen Grenze künstlich befestigte Ufer zur eigenen natürlichen Gestaltung wieder zurück erhalten. Dieses große Naturschutz-Förderprojekt der Deutschen Bundesstiftung Umwelt (DBU) umfasst ein Gesamtvolumen von knapp 1,1 Millionen Euro.

800 weitere Kilometer müssen revitalisiert werden

Viele Erfolge wurden in den fünf Jahren verzeichnet: 2,4 Kilometer Ufer sind laut Klaus Markgraf-Maué, Leiter des Projektes bei der NABU-Naturschutzstation in Kranenburg, bereits revitalisiert. Dadurch sei für Rote-Liste Arten wie Flussregenpfeifer und Barbe neuer Lebensraum geschaffen worden. Ein weiterer Kilometer Uferrückbau folge noch in diesem Jahr. An Mittel- und Niederrhein sollen durchströmte Seitenarme dem Fluss in Zukunft ein Stück von seinem alten Gesicht wiedergeben. Doch um den aktuellen politischen und den EU-rechtlichen Herausforderungen gerecht zu werden, seien weitere und vor allem größere Schritte notwendig. Insgesamt 800 km Rheinufer warten bisher noch auf ihre Revitalisierung. (mt)

• Weitere Informationen

NABU-Koordinationsstelle Rhein,
Klaus Markgraf-Maué, Bahnhofstr. 15,
47559 Kranenburg
Tel. 02826 / 920-94, Fax -98
eMail: klaus.markgraf@
nabu-naturschutzstation.de
www.nabu-naturschutzstation.de

Grundwasservergiftung durch Arzneimittel nimmt zu

Medikamenten-Nebenwirkungen betreffen Mensch, Tier und Pflanze

Untersuchungen des Umwelttoxikologen Andrew Singer von der Universität Oxford haben ergeben, dass Kläranlagen viele Wirkstoffe aus Arzneimitteln kaum ausfiltern. Wie der „Spiegel“ berichtete, wollten die Forscher wissen, welche Konzentration das Grippemittel Tamiflu in Flüssen erreichen könnte, falls es mehrere Millionen Menschen während einer Grippeperiode einnehmen. Sie fanden heraus, dass Menschen 90 Prozent des eingenommenen Tamiflu wieder ausscheiden. Im Abwasser überwinde das Medikament Kläranlagen fast vollständig und gelange in die Umwelt. Einige Erreger könnten überleben und sich zu resistenten Keimen entwickeln, gegen die Tamiflu als bisher wichtiges Gegenmittel dann wirkungslos wäre.

Immer häufiger erscheinen Medikamente in zu hoher Konzentration in der Umwelt. Die Stoffe gelangen auf natürlichem Ausscheidungsweg ins Abwasser, von dort in Bäche, Flüsse und Seen und gefährden die Gesundheit von Fischen, Algen und anderen Lebewesen. Auch Forschungsergebnisse zu Diclofenac, dem Wirkstoff des Schmerzmittels Voltaren, sind alarmierend. In Asien verendeten daran mehrere zehn Millionen Greifvögel.

Antibiotika-Spuren im Trinkwasser

Thomas Ternes von der Bundesanstalt für Gewässerkunde in Koblenz hat beobachtet, dass Kläranlagen auch viele andere Wirkstoffe nicht aus dem Wasser filtern können. Er koordinierte das internationale Projekt „Poseidon“, in dem Wissenschaftler aus zehn Ländern verschiedene Methoden zur Abwasserreinigung prüften. Laut den Ende 2006 veröffentlichten Ergebnissen geraten Arzneimittelrückstände im Klärschlamm auf Felder und über das Grundwasser in den Nahrungskreislauf. Inzwischen können Spuren einiger Dutzend Medikamente im Trinkwasser nachgewiesen werden, darunter Antibiotika und Röntgenkontrastmittel. (mt) ▼

• Weitere Informationen

Bundesanstalt für Gewässerkunde,
Thomas Ternes, Koblenz
Tel. 0261 / 1306-5560
eMail: ternes@bafg.de
www.bafg.de

Lesenswert

Schwarzbuch Wasser: Versorgung im weltweiten Vergleich

2007 wird der jährliche „Weltwassertag“, den die UN zum Schutz der Wasservorkommen und deren nachhaltiger Nutzung ins Leben gerufen hat, unter dem Schwerpunkt „Bewältigung der Wasserknappheit“ stattfinden. Dies ist auch das Thema im „Schwarzbuch Wasser“. Autorin Karo Katzmann untersucht darin die Auswirkungen des Klimawandels auf die Trinkwasservorräte und beleuchtet die Trinkwasserversorgung in einem weltweiten Vergleich. Darüber hinaus beschreibt sie die massiven Eingriffe der Menschen in die Wasserkreisläufe, thematisiert aber auch die vielfältigen positiven Auswirkungen des Wassers auf den Menschen. Zudem kann man mithilfe des Buches seinen individuellen „Wasser-Fußabdruck“ ermitteln, der das Komplettvolumen an Süßwasser beziffert, das man aufgrund seiner persönlichen Gewohnheiten benötigt. (fh)

Karo Katzmann: Schwarzbuch Wasser,
Molden Verlag, Wien 2007, 220 Seiten,
19,90 Euro, ISBN 13-3-85485-196-7



Termine

Bundesweite Umwelt-Termine

...finden Sie hier.

Internationale Umwelt-Termine

...finden Sie in unserem EU-Rundschreiben (siehe vorletzte Seite in diesem Heft).

Diese und neuere Termine im Internet

...finden Sie unter www.dnr.de/termine (meist auch ausführlicher).

► DNR-Mitgliedsverbände, die dort selbst Termine veröffentlichen möchten, können sich bei info@dnr.de anmelden.

Weitere Terminseiten im Internet

...haben wir auf www.dnr.de/termin-links zusammengestellt, darunter spezielle Veranstaltungsübersichten zu Energie, Gentechnik, Naturschutz, Verkehr und Wasser.

Ihre Umwelt-Termine

► ...von überregionalem Interesse mailen Sie bitte in der hier üblichen Form an info-berlin@dnr.de

April

18.-20.4., Bad Boll

Erneuerbare Energien und Armutsbekämpfung

Tagung; Ev. Akademie Bad Boll

Tel. 07164 / 79270

romona.boeld@ev-akademie-boll.de

www.ev-akademie-boll.de

22.4.-6.5., Poppau/Altmark

Sozio-ökologischer Gemeinschaftskurs

Seminar; Ökodorf e.V.

Tel. 039000 / 51235

d.halbach@siebenlinden.de

www.oekodorf7linden.de

23.4., Neumünster

Natura 2000

Seminar; Akademie für Natur und Umwelt Schleswig Holstein

Tel. 04321 / 9071-44, Fax -32

zentrale@umweltakademie-sh.de

www.umweltakademie-sh.de

25.4., Bad Vöslau bei Wien

Mobilitätszentren und Verkehrssparen in Regionen

Internationaler Kongress; Land Niederösterreich, Kongressbüro Praschl, Wien

Tel. 0676 / 9570187

wienwald@vspar.at

www.vspar.at

26.4., Oppenheim

Risikomanagement im Umwelt- und Arbeitsschutz

Fachkolloquium; Landesamt für Umwelt, Wasserwirtschaft und Gewerbeaufsicht

Rheinland-Pfalz

Tel. 06131 / 60331722

andreas.meuser@luwg.rlp.de

www.luwg.rlp.de

Mai

4.-6.5., Berlin

McPlanet.com 3.0 - Klima der Gerechtigkeit

Kongress; BUND, Greenpeace, Attac u.a.

Tel. 030 / 275864-96, -0, Fax -40

mcplanet@bund.net

www.mcplanet.com

9./10.5., Frankfurt/Main

Erobert die Natur die Stadt zurück? Freiraumentwicklung - Regionalparks, Siedlungsrückbau und Brachflächen

Fachtagung; Dt. Institut für Urbanistik

(DIFU), Berlin

Tel. 0221 / 340308-0, Fax -28

difu@difu.de

www.difu.de

31.5., Hannover

Energiepflanzenanbau und Naturschutzinteressen

Tagung; Alfred Toepfer Akademie für Naturschutz, Schneverdingen

Tel. 05119 / 9890

nna@nna-niedersachsen.de

www.nna-niedersachsen.de

Juni

5./6.6., Berlin

Woche der Umwelt

DBU, Martin Schulte, Osnabrück

Tel. 0541 / 96339-40, Fax -90

www.wochederumwelt.de

Juli

5./6.7., Gelsenkirchen

Erneuerbare Energien - Job- und Bildungsmesse

Wissenschaftsladen Bonn, Wissenschaftspark Gelsenkirchen, Stadt Gelsenkirchen

Tel. 0228 / 201610

info@jobmesse-ee.de

www.jobmesse-ee.de

12.-15.7., München

Velo-city 2007 und Streetlife-Festival

Kongress und weitere Veranstaltungen;

BMVBS, European Cyclists Federation

Planungsbüro Kaulen, Aachen

Tel. 0241 / 334-44, Fax -45

info@velo-city2007.com

www.velo-city2007.com

(fh) ■

EU-Termine - deutsche Ratspräsidentschaft

EU-Ministerrats-Sitzungen unter deutschem Vorsitz (Auswahl)

März

12./13.**	Entwicklung
19./20.	Landwirtschaft/Fischerei
22./23.	Verkehr/Telekommunikation/Energie
27.	Wirtschaft/Finanzen

April

16./17.*	Landwirtschaft/Fischerei
19./20.**	Gesundheit
20./21.	Wirtschaft/Finanzen
26.-28.**	Wettbewerb

Mai

7./8.	Landwirtschaft/Fischerei
8.	Wirtschaft/Finanzen
20.-22.**	Landwirtschaft/Fischerei
21./22.	Wettbewerb
23.-25.**	Stadtentwicklung
30./31.	Soziales/Gesundheit

Juni

1.-3.**	Umwelt
5.*	Wirtschaft/Finanzen
7./8.*	Verkehr/Telekommunikation/Energie
11./12.*	Landwirtschaft/Fischerei
28.*	Umwelt

* in Luxemburg (sonst in Brüssel)

** informell

Plenarwochen/Plenartermine des Europäischen Parlaments

12.-15.3., 28./29.3.*
23.-26.4.
9./10.5.*, 21.-24.5.
6./7.6.*, 18.-21.6.

* in Brüssel (sonst in Straßburg)

Sitzungen des Umweltausschusses des Europäischen Parlaments

März: 21. n, 22. v+n, 27. v+n*
April: 10. n, 11. v+n
Mai: 2. n*, 3. v*, 7. n, 8. v+n
Juni: 4. n, 5. v, 25. n, 26. v+n, 27. v

v = vormittags 9-12.30 Uhr

n = nachmittags 15-18.30 Uhr

* = vorbehaltlicher Termin

Alle Sitzungen finden in Brüssel statt.

(mb) ■

• Weitere Informationen

www.europa-digital.de/aktuell/kalender

Wochenkalender („Diese Woche in Brüssel“):

www.europa-digital.de/aktuell/wochenschau

Deutsche EU-Ratspräsidentschaft (1.1.-30.6. 2007):

www.eu2007.de

www.eu-praesidentschaft.de

Hintergrund-Informationen zu den umweltrelevanten Ministerrats-Sitzungen:

DNR, EU-Koordination, Ulrike Tröger,

Prenzlauer Allee 230, 10405 Berlin

Tel. 030 / 443391-38, Fax -80

eMail: ulrike.troeger@dnr.de

www.eu-koordination.de

Tagesordnungen und weitere Informationen zu den Plenarsitzungen des Europäischen Parlaments:

www.europarl.europa.eu/activities/expert/agenda.do?language=DE

Quelle Umweltausschuss-Sitzungen:

www.europarl.europa.eu/comparl/envi/pdf/misc/

[envi_meeting_dates_2007.pdf](http://www.europarl.europa.eu/comparl/envi/pdf/misc/envi_meeting_dates_2007.pdf)

Regelmäßige Umweltsendungen

Sendeplätze in Radio und Fernsehen

Viele Redaktionen bieten Vor- und Rückschauen, Audiodateien, Sendemanuskripte und Zusatzinformationen im Internet an. Diese Liste (mit Links) steht auch unter www.dnr.de/umweltinfo („TV + Radio“).
► Änderungs- und Ergänzungsmeldungen bitte an die Redaktion. (mb)

TV-Vorschau

Der Grüne Kanal

„Das ökologisch korrekte TV-Programm“ für die nächsten Tage
www.bio.de/kanal.php

Prisma online

Fernsehsendungen zum Stichwort „Natur“ in den nächsten vier Wochen:
www.prisma-online.de/fernsehen/stichwort.html?aid=Natur
Bestimmte Sendungen/Inhalte suchen:
www.prisma.de/suche (Stichwort suchen)

Fernsehsendungen

ZDF.umwelt

Sonntags 13.15-13.45, ZDF
www.zdf.de/ZDFde/inhalt/30/0,1872,1020478,00.html

Ozon - Umweltmagazin

Mi (14-tägig) 21.30, Rundfunk Berlin-Brandenburg (RBB)
www.rbb-online.de/ozon

Löwenzahn - Natur, Umwelt und Technik für Kinder

Sa, 12.10-12.35, ZDF; Sa 16.50-17.20 KIKA
www.tivi.de/loewenzahn

Terra Nova

Spartenkanal für Naturfilme (Sendungen: „Green Planet“, „TierWelten“, „Nature & Science“ u. a.)
www.terra-nova.tv

Unser Land

Fr 19.00-19.45, Bayerischer Rundfunk (BR)
www.br-online.de/umwelt-gesundheit/unserland

Unkraut - Umweltsendung für junge Leute

Mo (14-tägig) 21.20-21.45, Bayerischer Rundfunk (BR)
www.br-online.de/umwelt-gesundheit/sendungen/unkraut

Arte-Umweltsendungen

Di 14.00 Hippokrates (Gesundheit), Sa 20.40 Abenteuer Arte, Sa 21.35 GEO u. a.
www.arte-tv.com/de/wissen-entdeckung/258720.html

blickpunkt umwelt

3. Do im Monat, 19.00, h1 (Region Hannover)
www.blickpunktumwelt.de

Netz Natur

ca. alle 6 Wochen, Do 20.00-21.00, SF1 (Schweiz)
www.sf.tv/sf1/netznatur

Rundfunksendungen

Umwelt und Verbraucher

Mo-Fr 11.35-12.00, Deutschlandfunk
www.dradio.de/dlf/sendungen/umwelt/

Natur und Wissenschaft

Mo-Sa 11.05, DeutschlandRadio
www.dradio.de/dlr/sendungen/wissenschaft/natwi.html

Aus Umwelt und Ernährung

Mo-Fr 16.35-16.50, SWR cont.ra (Südwestrundfunk)
www.swr.de/contra

Landwirtschaft und Umwelt

Mo-Fr 10.03-11.56, So 7.05-7.30 (Wh. 22.35), Bayern 2
www.br-online.de/umwelt-gesundheit/unserland

hr-iNFO Umwelt und Entwicklung

Sa 20.35-21.00, So 8.35-9.00, hr (Hessischer Rundfunk)
www.hr-online.de/website/radio/hr-info/ („Wochenende“)

GLOBAL 3000

erster Mo im Monat 20.00-21.00 (Wh. Di 10.00-11.00)
Radio Dreyeckland Freiburg 102,3 (freies Radio)
www.rdl.de/global30.html

Radio Rainbow

Do 19.00-20.00 Radio LORA München 92,4 (freies Radio)
<http://home.link-m.de/lora/rainbow.htm>

Greenpeace-Radio Stuttgart

3. Do im Monat 20.00-21.00, 99,2 Antenne, 102,1 Kabel (freies Radio)
www.greenpeace-radio-stuttgart.de

Greenpeace Radio Freiburg

alle 4 Wochen, Mo 19.00-20.00 (Wiederholung Di 11.00-12.00), Radio Dreyeckland (RDL) 102,3 (freies Radio)
www.rdl.de/programm.html

Restrisiko - Umweltmagazin aus Mannheim

Letzter Mo im Monat 20.00-21.00 (Wiederholung Di 11.00-12.00), Radio Dreyeckland (RDL) 102,3 (freies Radio)
www.rdl.de/programm.html

Radijojo! - Graslöwen Radio

www.grasloewe.de
www.radijojo.de



Information und fachlicher Austausch

Wikipedia: Selbstorganisiertes Fachwissen in der freien Enzyklopädie

► Wikipedia, die freie Enzyklopädie im Internet, kann jede/r nutzen und mit eigenem Wissen ergänzen. Die Bedienung ist einfach. Seit Mai 2001 wurden über 500.000 Artikel in deutscher Sprache verfasst. Es gibt ein Portal „Umweltschutz“ mit verschiedenen Kategorien und Bereichen, das bereits viel Fachwissen zusammenfasst, aber auch noch Lücken aufweist. Fachleute aus Umweltverbänden und -institutionen sind aufgerufen, hier ihre besonderen Kenntnisse und Erfahrungen einzubringen.

www.de.wikipedia.org/wiki/Wikipedia:Willkommen

www.de.wikipedia.org/wiki/Portal:Umweltschutz

Aktuelle und kostenlose eMail-Nachrichten zu allen Öko-Themen

Aktuelle und unabhängige Nachrichten zu ökologischen Themen senden eine Reihe von Infodiensten kostenlos per eMail zu - von allgemeinen Umweltinformationen über gängige Bereiche wie Energie oder Gentechnik bis zu speziellen Angeboten etwa zu „grüner Beschaffung“ oder Öko-jobs. Eine von mehreren DNR-Verbänden zusammengestellte Übersicht von rund 50 solcher Dienste ist im Internet zugänglich.

www.dnr.de/umweltinfo

„Grünes Forum“: Umwelt-Diskussionsplattform im Internet

► In diesem partei- und verbandsunabhängigen Online-Forum können Meinungen und Informationen zu Umweltfragen aller Art ausgetauscht werden. Gegliedert ist das Forum nach Themen (Artenschutz, Bildung, Energie, Gentechnik, Klima, Meere, Naturschutz, Politik, Verkehr, Tierschutz, Wirtschaft) sowie nach Bundesländern.

www.gruenes-forum.net
(mb) ■

EU-Umweltpolitik verständlich: Unsere Sonderhefte

Meldungen und Kommentare zur europäischen und internationalen Umweltpolitik finden Sie im EU-Rundschreiben - der „Schwesterpublikation“ zum Deutschland-Rundbrief (siehe nächste Seite). Zusätzlich zu diesem erscheint, ebenfalls monatlich, ein thematisches Sonderheft. Viele dieser Sonderhefte sind gerade für DRB-Leser/innen interessant: Sie bringen Licht in die Brüsseler Strukturen und zeigen, wie sich Umweltverbände auf europäischer Ebene effektiv und erfolgreich engagieren können.

Titel/Thema	Ausgabe
EU-Fonds für die Umwelt: Ein kritischer Leitfaden	I/2007
Memorandum zur deutschen EU-Ratspräsidentschaft/10 Grüne Prüfsteine	Extra
Umsetzung von EU-Umweltrecht (in Vorbereitung)	11./12.06
Forderungen an den deutschen Vorsitz im Rat der EU und bei der G8	10.06
Rat und Tat in Brüssel: Alles über den Rat der Europäischen Union	08/09.06
Umweltschutz in den Beitrittsländern Bulgarien, Rumänien und Kroatien	07.06
Wohin geht die Reise? Tourismus auf dem Prüfstand	06.06
Europa nachhaltig entwickeln: Zum Stand der EU-Nachhaltigkeitsstrategie	05.06
Gefahr Grüne Gentechnik: Das Märchen von der Koexistenz	04.06
Wer schützt den Wald? Waldpolitik in Deutschland, in der EU und weltweit	02/03.06
EU-Dienstleistungsrichtlinie bedroht Daseinsvorsorge und Umweltrecht	01.06
Brüsseler 1×1: Wie funktioniert die EU?	Extra
Abschalten, umschalten, einsparen: Wohin steuert die Energiepolitik?	12.05
Marktwirtschaftliche Instrumente: Ökosteuern und Emissionshandel	11.05
Europa weiterdenken: Verfassungsdebatte als Chance nutzen!	10.05
Ihre Rechte in der EU-Umweltgesetzgebung: Ein Wegweiser	08/09.05
Für eine starke EU- Chemikalienpolitik ... alles über REACH	06/07.05
Die europäischen Umweltverbände: Ein Nachschlagewerk	05.05
Biodiversität, Zugang zu genetischen Ressourcen und Vorteilsausgleich	03/04.05
Sieben thematische Strategien für eine bessere Umweltpolitik	02.05
Die neue Europäische Kommission: Barrosos Team tritt an	01.05
Biodiversität auf der politischen Agenda: Ist die Vielfalt noch zu retten?	11/12.04
Europas Meere: Geschützte Vielfalt oder Müllkippe und Selbstbedienung?	09/10.04
Die Århus-Konvention: Mehr Rechte für Umweltverbände	08.04
Nachhaltigkeitsstrategien: Ökologisch, sozial und wettbewerbsfähig?	07.04
Das Transeuropäische Verkehrsnetz: Ist der Zug abgefahren?	06.04
Welche Energien brauchen wir?	05.04
Wasser: Globale Ressource - schützenswertes Gut	04.04
Umweltpolitik und Parteien in den neuen Mitgliedstaaten	02/03.04
Europäische Verfassung gescheitert?	01.04
Natura 2000: Vision und Umsetzung des europäischen Naturschutzes	12.03
Umweltverbände zur Europawahl 2004	11.03
Grüne Gentechnik: Verunreinigtes Saatgut, Verbraucherschutz, Aktionen	10.03
Die Regierungskonferenz zur EU-Verfassung	09.03
Die 5. WTO-Ministerkonferenz in Cancún	08.03
Europäische Chemikalienpolitik	07.03
Weltweite Regeln für globale Unternehmen	06.03
Europäische Umweltministerkonferenz Kiew 2003	04/05.03
Der Stand der EU-Erweiterung	03.03
Reformdebatten in der EU (2): Der Verfassungskonvent	02.03
Reformdebatten in der EU (1): Der EURATOM-Vertrag	01.03

Alle Sonderhefte können kostenlos im Internet heruntergeladen werden (PDF-Download, ca. 200-500 kB):

www.dnr.de/eur („Bisherige Ausgaben“) oder
www.eu-koordination.de („Publikationen“)

Unser Partner in Brüssel: Das Europäische Umweltbüro

Der Dachverband der europäischen Naturschutz- und Umweltverbände

Das Europäische Umweltbüro (EEB) ist der Dachverband von 140 zivilgesellschaftlichen Organisationen in allen EU-Mitgliedsländern und einigen Nachbarstaaten. Die Mitglieder sind lokal, national, europaweit oder international agierende Organisationen. Insgesamt repräsentiert das EEB über 15 Millionen Bürger/innen.

Das EEB organisiert und unterstützt das Engagement seiner Mitgliedsorganisationen für eine effektive EU-Politik und nachhaltige Entwicklung. Das EEB-Büro in Brüssel arbeitet eng mit seinen Mitgliedern zusammen, um den Informationsstand über die EU-Umweltpolitik zu verbessern, das Verständnis für diesen Bereich zu fördern und den Dialog mit dem Europäischen Parlament, der EU-Kommission und den Regierungen der Mitgliedsländer zu pflegen.

Für jede Ratspräsidentschaft veröffentlicht das EEB eine Prioritätenliste der zu behandelnden Themen. Nach Ablauf der Präsidentschaft wird eine Bewertung anhand dieser „Zehn grünen Prüfsteine“ durchgeführt. Beides wird auch regelmäßig im EU-Rundschreiben veröffentlicht.

Das EEB verfügt über Fach- Arbeitsgruppen, die aus dem Kreis der Mitgliedsorganisationen gebildet werden. In ihnen sind in der Regel über die Teilnehmer die meisten EU-Mitgliedsländer und auch viele Beitrittsstaaten vertreten. Die Arbeitsgruppen werden von EEB-Expert/innen geleitet (siehe Tabelle).

Das Europäische Umweltbüro arbeitet zu folgenden Themen:

- Integration von Umweltbelangen in die gesamte EU-Politik („Article 6 Watch“¹)
- Öffentlichkeitsbeteiligung im Umweltbereich (Århus-Konvention)
- Luftqualität und Lärm (gesamter Bereich der EU-Luftqualitätspolitik: CAFE²-Programm, aktuelle EU-Richtlinien; Lärmrichtlinie)
- Städtische Umwelt

- Klima/Energie (alles rund um das Kyoto-Protokoll; in Zusammenarbeit mit dem Climate Action Network - CAN-Europe)
- Biodiversität (Umsetzung und Finanzierung von NATURA 2000, Naturschutz außerhalb der FFH-Richtlinie, Überarbeitung der EU-Biodiversitätspolitik, strategische Umweltprüfung SEA)
- Chemikalien (REACH-Verordnung)
- Quecksilber (EU-Quecksilberrichtlinie, Aufbau eines Netzwerks, internationale Ebene)
- Produktpolitik (Ecolabel)
- Ökologische Finanzreform (Ökologische Steuerreform, unökologische Subventionen, EU-Richtlinie zum öffentlichen Beschaffungswesen u. a.)
- Landwirtschaft und Boden (EU-Agrarreform, Agro-Gentechnik u. a.; Biotreibstoffe; Bodenschutz)
- Abfall (Abfallvermeidung und -recycling)
- Wasser (Umsetzung der Europäischen Wasserrahmenrichtlinie)
- Tourismus

- Außerdem arbeitet das EEB zur:
- IPPC-Richtlinie zur Vermeidung von Umweltverschmutzung (Integrated Pollution Prevention and Control),
 - Entwicklung der Thematischen Strategie zur nachhaltigen Nutzung natürlicher Ressourcen,
 - Umsetzung der Richtlinie zur Strategischen Umweltprüfung,
 - EU-Strategie für Nachhaltige Entwicklung,
 - Standardisierung des europäischen Gütesiegels,
 - Umwelthaftung,
 - EU-Erweiterung
 - Verbesserung der Umsetzung und Einhaltung der EU-Umweltgesetzgebung.

• Weitere Informationen

Europäisches Umweltbüro (EEB), Boulevard de Waterloo 34, B-1000 Brüssel
Tel. 0032 2 / 28910-90, Fax -99
eMail: eeb@eeb.org
www.eeb.org

Mitarbeiter/in	Funktion/Fachgebiet	eMail
John Hontelez (d)	Generalsekretär	hontelez@eeb.org
Ursula Vavrik (d)	Landwirtschaft, Gentechnik (Geschäftsführerin)	ursula.vavrik@eeb.org
Regina Schneider (d)	Leiterin der Informationsabteilung; Weiterbildung	info@eeb.org
Caroline Bretelle	Presse und Veröffentlichungen	caroline.bretelle@eeb.org
Pendo Maro	Umweltpolitik und Umweltintegration (Kordinatorin)	pendo.maro@eeb.org
Mara Silina	EU-Erweiterung, Bürgerbeteiligung, Weiterbildung, ECO-Forum (Kordinatorin)	mara.silina@eeb.org
Pieter de Pous (d)	Biodiversität, Wasser (EU-Politikreferent)	pieter.depous@eeb.org
Mecki Naschke (d)	Chemikalien, Industriepolitik (EU-Politikreferentin)	mecki.naschke@eeb.org
Anja Leetz (d)	Chemikalienpolitik (Kampagnenleiterin)	anja.leetz@eeb.org
Kerstin Meyer (d)	Luftverschmutzung, Lärm, Städtische Umwelt (EU-Politikreferentin)	kerstin.meyer@eeb.org
Doreen Fedrigo	Abfall, Ökologische Produktpolitik, Ressourcen (Leitende EU-Politikreferentin)	doreen.fedrigo@eeb.org
Elena Lymberidi	Quecksilber-Kampagne (Kordinatorin)	elena.lymberidi@eeb.org

(d) = deutschsprachig

1 Artikel 6 des EG-Vertrages: Gebot der Umweltintegration - siehe www.eur-lex.europa.eu/de/treaties/dat/12002E/pdf/12002E_DE.pdf

2 „Clean air for Europe“ - „Saubere Luft für Europa“

Inhalt des EU-Rundschreibens des DNR in diesem Monat

► Naturschutz- und Umweltpolitik wird in Brüssel gemacht: 80 Prozent des in Deutschland geltenden Umweltrechts gehen auf europäische Initiativen zurück. Unser EU-Rundschreiben ist das einzige deutsche EU-Umweltmedium. Probeexemplare erhalten Sie beim DNR in Bonn (siehe Seite 2). Probelesen und Bestellen im Internet: www.eu-koordination.de

Editorial

- Europa, deine Autofahrer

EU-Präsidentschaft, G8-Vorsitz

- DNR und ZukunftsPiloten beobachten deutsche EU-Präsidentschaft
- G8-Gipfel soll Klima-Beschlüsse fassen

EU-Politik, Recht

- EU-Umweltministerrat 20.2.: Klima, Pestizide, Gentechnik, Bodenschutz
- Umweltkriminalität: Vorschlag zur Harmonisierung des Strafrechts
- Motivierende Umweltpolitik als Exportschlager der EU
Von Karl-Heinz Florenz, CDU

Abfall, Produktpolitik

- Abfallrahmenrichtlinie: Parlament stimmt für mehr Umweltschutz
Von Maria Elander, NABU
- Altautorichtlinie soll nicht abgeschwächt werden

Agrarpolitik, Gentechnik

- EU-Agrarsubventionen in Deutschland weiter geheim
- EU will Vermarktung von Obst und Gemüse reformieren
- Agrarausschuss-Vertreter unterstützen Pro-Gentechnik-Papier
- Saatgut: Werden Bauern zu Kriminellen gemacht?
Von Mute Schimpf, Misereor

Chemikalien, Emissionen

- Die Überprüfung der IVU-Richtlinie
Von Gabriella Gerzsenyi, Europäische Kommission
- Beschränkungen und Verbote für acht gefährliche Pestizide
Von Susanne Smolka, PAN
- Verbände starten Internetseite zum Pestizid-Verhaltenskodex der FAO
Von Carina Weber, PAN
- UNEP-Verwaltungsrat richtet Quecksilber-Arbeitsgruppe ein

Energie, Klima

- EU-Energieminister uneinig über Energiepolitik
- Studie: 50 Prozent Erneuerbare Energien bis 2050 möglich
- UN-Bericht: Klimawandel schneller und stärker als gedacht
- Streit um Nationalen Allokationsplan: Deutschland lenkt ein
- Vattenfall-Studie: Konzern präsentiert sich als Klimaschutz-Vorreiter

Naturschutz, Biodiversität

- Naturschutz-Novelle: Berlin riskiert erneute Verurteilung durch EuGH
- Bundesverwaltung kauft nur noch legales Holz, aber PEFC statt FSC
- BirdLife-Studie: Intakte Ökosysteme bedeuten Lebensqualität

Verkehr, Tourismus

- CO₂-Obergrenzen für Pkw: EU-Kommission legt Entwurf vor
- Drittes Eisenbahnpaket im EU-Parlament

Wasser, Meere, Fischerei

- Konferenz: Gewässermanagement muss auf Klimawandel reagieren
- Forschungsbericht: Klimawandel erreicht Europas Meere und Küsten
- Erste Internationale Tunfisch-Konferenz ohne Ergebnisse

Service

- Veröffentlichungen, Termine
- EU-Gesetzgebungsverfahren
- EU-Wegweiser

Sonderheft

- EUR-Sonderheft: Energie und Klima (in Vorbereitung)

Verweise auf frühere Ausgaben

In einigen Artikeln wird auf vorangegangene Ausgaben verwiesen: „DRB 07.05“ weist z. B. auf Heft 7 des Deutschland-Rundbriefes im Jahr 2005 hin. Verweise auf das EU-Rundschreiben (siehe rechts) sind genauso gehalten, z.B. „EUR 11.05“. Alle älteren Ausgaben sind komplett im Internet zugänglich: www.dnr.de/drbb („Bisherige Ausgaben“).

Danksagung

Für das Verfassen von Beiträgen und die Bereitstellung von Informationen zu diesem Rundbrief danken wir allen Beteiligten, vor allem den Gastautor/innen, den Redaktions-Praktikant/innen sowie den Umwelt-Informationsdiensten, Verbänden und Institutionen, deren Meldungen verwendet wurden (siehe „Weitere Informationen“ unter jedem Beitrag). Besonderer Dank gilt dem unabhängigen Verbände-Informationsdienst www.ngo-online.de

Deutschland-Rundbrief im Internet

www.dnr.de/drbb

heißt die Internetseite des DNR-Deutschland-Rundbriefes. Dort finden Sie:

- die aktuelle Ausgabe mit Inhaltsverzeichnis, Editorial, Serviceteil und vier ausgewählten Beiträgen
- bisherige Ausgaben ab Januar 2000 als Volltext-Archiv (PDF-Dateien)
- Sonderhefte und Beilagen zu verschiedenen Umwelt-Themen

Gegen Rückporto können die Materialien auch zugesandt werden.

Tagesaktuell informiert per eMail

Für Rundbrief-Abonent/innen und Fachleute aus den DNR-Mitgliedsverbänden bieten wir kostenlos aktuelle eMail-Nachrichten an. Unter rund 50 Umwelt-Themen kann ausgewählt werden. Angebot und Bestellmöglichkeit: www.dnr.de/infoservice

Gastbeiträge willkommen

► Wir freuen uns auf Ihre umweltpolitischen Beiträge in Absprache mit der Redaktion. Beiträge von Gastautor/innen stimmen nicht in allen Fällen mit der Meinung von Redaktion bzw. Herausgeber überein. Die Redaktion behält sich vor, Beiträge zu kürzen und zu überarbeiten.

Unsere Zeitschriften zu internationaler Umweltpolitik

EU-Rundschreiben, Rundbrief des Forums Umwelt und Entwicklung

Meldungen und Kommentare zur Umweltpolitik auf europäischer und internationaler Ebene finden Sie im EU-Rundschreiben des DNR (siehe vorhergehende Seite). Beiträge zur globalen Umwelt- und Entwicklungspolitik stehen im Rundbrief des Forums Umwelt und Entwicklung, getragen vom DNR und mehreren Nord-Süd-politischen Organisationen. Wir senden oder mailen gern kostenlose Probeexemplare. Probelesen und Archiv im Internet: www.eu-koordination.de www.forumue.de/forumaktuell/rundbriefe

DRB-Abo

Abonnieren Sie den Deutschland-Rundbrief des Deutschen Naturschutzinges

Ich bestelle den Deutschland-Rundbrief **ab Ausgabe:**

- als Privatperson**
- 41 Euro pro Jahr im eMail-Versand
 - 52 Euro pro Jahr für das gedruckte Heft*
 - 57 Euro pro Jahr für das Heft* plus eMail

- für eine Organisation**
- 82 Euro pro Jahr im eMail-Versand
 - 103 Euro pro Jahr für das gedruckte Heft*
 - 113 Euro pro Jahr für das Heft* plus eMail

* zzgl. 26 Euro Zusatzporto bei Auslandsversand

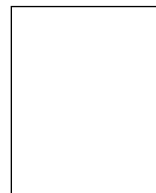
- als Förderabonnement**
- 180 Euro oder mehr pro Jahr - bitte Betrag und Bezugsart angeben: (Differenzbetrag zum Abonnement als Spende absetzbar)

- Zahlung per Bankeinzug** Geldinstitut:
Bankleitzahl:
Kontonummer:
- gegen Rechnung** an die oben angegebene / folgende Adresse:

Absender/in

Vorname, Name:
ggf. Organisation:
ggf. Funktion:
Straße/PF:
PLZ, Ort:
Tel./Fax:
eMail:

DRB-Abo



Deutscher Naturschutzring
Redaktion Deutschland-Rundbrief
Prenzlauer Allee 230
10405 Berlin